

## Differenz/Identität in Österreich

Zu Gesellschafts-, Politik- und Kulturgeschichte vor und nach 1945<sup>1</sup>

*Wer gibt Antwort, wohin wir gehören? Wohin?*

Ernst Krenek, Reisebuch aus den österreichischen Alpen (1929)

Das Österreich der Jahre seit 1945 – so konnte man jedenfalls bis etwa 1990 ohne wesentliche Einschränkung sagen – ist wie kaum eine andere Periode des Landes zuvor durch zwei persistente Merkmale charakterisiert: durch eine sich als eigenständig behauptende Identität und ein ausgeprägtes Bedürfnis nach betonter Differenz. Identität soll hier zunächst mit Erikson verstanden werden als etwas, das „sowohl ein dauerndes inneres Sich-Selbst-Gleichsein wie ein dauerndes Teilhaben an bestimmten gruppenspezifischen Charakterzügen umfaßt“.<sup>2</sup> Sie wird aber auch in sozialen Prozessen verhandelt und ausgehandelt, wie dies vom symbolischen Interaktionismus und von Erving Goffman betont wurde. Kollektive Identitäten sind ebenso das Ergebnis von Kommunikationen;<sup>3</sup> die Grob- wie Feinstrukturen von Identitätskonstruktionen bedürfen aber in ausdifferenzierten Gesellschaften in der

1 Verändert und gekürzt nach: Gerhard Botz u. Albert Müller, Über Differenz/Identität in der österreichischen Gesellschafts- und Politikgeschichte seit 1945, in: Peter Weibel u. Christa Steinle, Hg., Identität : Differenz. Tribüne Trigon 1940–1990. Eine Topografie der Moderne, Wien 1992, 525–550. Die Autoren danken Peter Weibel für die Anregungen zur ersten Version dieser Arbeit und Reinhard Sieder für seine Vorschläge zur zweiten. Die Fußnoten wurden auf ein Minimum reduziert.

2 Erik H. Erikson, Das Problem der Ich-Identität, in: ders., Identität und Lebenszyklus, Frankfurt am Main 1966, 123–215, hier 124.

3 Vgl. z. B. Thomas K. Fitzgerald, Metaphors of Identity. A Culture-Communication Dialogue, Albany N.Y. 1993; vgl. außerdem Aleida Assmann u. Jan Assmann, Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis, in: Klaus Merten, Siegfried J. Schmidt u. Siegfried Weischenberg, Hg., Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994, 114–140.

Praxis gewöhnlich der Entwurfs- und Korrekturarbeit durch *entrepreneurs*, intellektuelles Unternehmertum, vornehmlich in den Feldern Politik und Wissenschaften, nicht zuletzt auch der Geschichtsschreibung und Geschichtswissenschaften.<sup>4</sup> Identität beruht auf der Ausbildung von Differenz (hier verstanden als ein *set* von Distinktionen), die ihre Form bestimmt; in unserem Zusammenhang sind vor allem zwei Ebenen von Interesse: zunächst eine Ebene des Sozialen und Kulturellen mit der Differenz *wir/die anderen* beziehungsweise *das Eigene/das Fremde*<sup>5</sup> und des weiteren eine Ebene des Historischen, der Veränderung in der Zeit, genauer: der Interpretation von Vergangenen im Sinne einer Differenz zum Gegenwärtigen, *Damals/Heute, Geschichte/Gegenwart* etc.<sup>6</sup>

So ist die gegenwärtige österreichische Identität nicht erklärbar ohne die historische Differenzbildungen zu einer altösterreichisch-habsburgischen (1918) und sodann zu einer „deutschen“ Identität (1945), auf die sich Österreich in der Zwischenkriegszeit hin entwickelte. Die Phasen der revolutionären, dann bürgerlich-demokratischen und schließlich nationalsozialistischen Anschlußbewegungen zwischen 1918 und 1938 und ihre gescheiterten Gegenbewegungen belegen dies für den „Staat, den keiner wollte“ und „der selbst keiner sein wollte“. Daher wurde im Fall Österreichs nach 1945 Identität primär konstituiert durch die prononcierte Abkoppelung von wesentlichen Teilen seiner jüngeren Vergangenheit, die dennoch auf diese Weise historisch integriert werden. Dies erst ermöglichte die offizielle Konstruktion von Identität als negative historische Kontinuität. Die Bruchhaftigkeit der österreichischen Zeitgeschichte aber leitete den Kontinuitäten konstruierenden Blick stets auch hin auf längerfristige historische Entwicklungen, die dann unter Umständen als Prozeß angesehen werden, der über Jahrhunderte, ja über jene tausend Jahre, die bald gefeiert werden sollen, hinweg als teleologisch auf unsere Gegenwart ausgerichtet erscheint. Die „lange Dauer“ soll „historische Größe“ insi-

4 Vgl. Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation*, Frankfurt am Main 1993; vgl. auch Shmuel N. Eisenstadt, *Die Mitwirkung der Intellektuellen an der Konstruktion lebensweltlicher und transzendenter Ordnungen*, in: Aleida Assmann u. Dietrich Harth, Hg., *Kultur als Lebenswelt und Monument*, Frankfurt am Main 1991, 123–132; außerdem: Christian Jansen, „Deutsches Wesen“, „deutsche Seele“, „deutscher Geist“. Der Volkscharakter als nationales Identifikationsmuster im Gelehrtenmilieu, in: Reinhard Blomert, Helmut Kuzmics u. Annette Treibel, Hg., *Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus*, Frankfurt am Main 1993, 199–278.

5 Vgl. Julia Kristeva, *Fremde sind wir uns selbst*, Frankfurt am Main 1990; Alois Hahn, *Die soziale Konstruktion des Fremden*, in: Walter M. Sprondel, Hg., *Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion*, Frankfurt am Main 1994, 140–163.

6 Vgl. dazu Eric Hobsbawm u. Terence Ranger, Hg., *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

nuieren, die mythische Vergangenheit eine klare Gegenwart. „Dauer“ wie „Größe“ waren oft strapazierte Topoi der Zwischen- und Nachkriegszeit. „Größe ist, was wir nicht sind“, wußte dagegen schon Jacob Burckhardt.<sup>7</sup>

### Die ‚geronnene Zeit‘ einer ‚post-katastrophischen‘ Periode

Schon in der Zwischenkriegszeit, nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, gab es ein ähnliches Phänomen, das als der „Habsburgische Mythos“ beschrieben wurde.<sup>8</sup> Aus einem spezifischen wissenschaftlichen Zusammenhang heraus geprägt, wurde dieser Begriff bezeichnenderweise Ende der sechziger Jahre in Österreich sehr schnell als angeblich ungemein zutreffend akzeptiert, zugleich aber auch, der einheimischen Befindlichkeit entsprechend, oft als Verklärung der altösterreichischen Vergangenheit mißverstanden, weil man sich eine genauere Lektüre von Musil, Hofmannsthal und Arthur Schnitzler, selbst von Joseph Roth zu ersparen trachtete. Bei diesen Klassikern der österreichischen modernen Literatur ist aber die Retrospektive auf eine „versunkene Welt“ aus einer kaum zur Kenntnis genommenen „neuen Welt“, in der die Zeit still zu stehen schien, kritisch. Nicht zuletzt ging es diesen Autoren um den Entwurf einer Gegenordnung zur gegebenen gesellschaftlichen und politischen Gegenwart.<sup>9</sup> Mitunter überkreuzte sich hier auch ästhetische Modernität mit politischem Konservativismus.

Auch nach 1945 haben österreichische Schriftsteller und Literaten einer jüngeren Generation den Versuch unternommen, eine als ‚nach-katastrophisch‘, desintegrativ und zersplittert wahrgenommene Gegenwart zu verarbeiten, sei es konservativ-universalistisch wie Heimito von Doderer, sei es kritisch-satirisch (durch Friedrich Torberg camouffiert) wie Fritz Herzmanovsky-Orlando oder sei es engagiert formskeptisch wie viele Autoren der avantgardistischen österreichischen Literatur nach 1945.

Es war ohne Zweifel jene große Differenz, durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition extern für Österreich geschaffen und 1945 für die zeitgenössischen Österreicher vorgegeben, die der damit ins Leben tretenden Zweiten Republik im Grunde genommen erst die Bildung einer Identität ermöglichte. Dies fand in der Geschichtsmentalität der Österreicher nur bedingt und erst allmählich seinen Niederschlag,

7 Jacob Burckhardt, *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, München 1978, 151.

8 Claudio Magris, *Der Habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur*, Salzburg 1966.

9 Wendelin Schmidt-Dengler, *Häresie und Tradition*, in: Hannes Androsch u. Helmut H. Haschek, Hg., *Österreich. Geschichte und Gegenwart*, Wien 1987, 388–453, hier 425 f.

wie durch eine Meinungsumfrage im Jahr 1980 nahegelegt wird. Für „wichtige Punkte in der geschichtlichen Entwicklung Österreichs“ hielten damals von den befragten Österreichern (Mehrfachantworten möglich):

- 6 % die Habsburgermonarchie vor 1914,
- 20 % den Ersten Weltkrieg,
- 12 % den Zusammenbruch der Donaumonarchie,
- 3 % Bürgerkrieg und „Ständestaat“,
- 19 % den „Anschluß“
- 5 % die NS-Zeit,
- 23 % den Zweiten Weltkrieg,
- 13 % das Jahr „1945“,
- 10 % „Wiederaufbau“ und die „Besatzungszeit“
- 41 % den Staatsvertrag und
- 25 % die beiden Weltkriege.<sup>10</sup>

Hier zeigen sich noch deutlich die tabuisierten Themenbereiche im Geschichtsbeußtsein der Österreicher in den siebziger und frühen achtziger Jahren, doch dürften seit 1986/88 Wandlungen eingetreten sein.<sup>11</sup> Gewisse Parallelen dazu weist auch die thematische Schwerpunktsetzung der zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen zu runden positiven beziehungsweise negativen „Geschichtsjubiläen“ auf, die lange Zeit überwiegend zu „1918“, „1934“ und „1938“ erfolgt sind, und zwar in Jahren, die vier oder fünf Dekaden später lagen.<sup>12</sup> Die zitierte Untersuchung kam daher nicht zu Unrecht zu dem Schluß:

Die Zeit nach Ende des zweiten Weltkriegs weist lediglich den Staatsvertrag als herausragendes Ereignis aus. Ansonsten nimmt man eine eher gleichförmige, wahrscheinlich so ruhige Entwicklung wahr, daß es [den Österreichern] schwer fällt, ‚Abschnitte‘ zu unterscheiden. Innenpolitische Entwicklungen wie Regierungswechsel beziehungsweise Wechsel der Regierungsform (von Koalitionen zu Alleinregierungen) werden sichtlich als kaum so gravierend erlebt, daß man sie als ‚geschichtliche Einschnitte‘ erlebte und interpretierte.<sup>13</sup>

10 Vgl. Paul Lazarsfeld-Gesellschaft für Sozialforschung, Hg., Das österreichische Nationalbeußtsein in der öffentlichen Meinung und im Urteil der Experten, Wien o. J. [1980], 10.

11 Leider enthält dazu auch eine jüngst erschienene Übersicht nichts: Ernst Bruckmüller, Österreichbeußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren, Wien 1994; vgl. aber Ruth Wodak u. a., Die Sprachen der Vergangenheit, Frankfurt am Main 1994; Gerhard Botz u. Gerald Sprengnagel, Hg., Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte, Frankfurt am Main u. New York 1994.

12 Vgl. Gerhard Botz, „Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?“ Teil II, in: ÖZG 1, H. 3 (1990), 67–86, hier 68 ff.

13 Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, Nationalbeußtsein, wie Anm. 10, 11.

Bis heute ist dieser ‚windstille‘ Zeitraum seit der letzten Differenz und Identitätswandel konstituierenden „Katastrophe“ auf 50, oder wenn man das triumphale Großereignis des Staatsvertrags von 1955 heranzieht, auf 40 Jahre angewachsen, eine wahrhaft ‚lange Dauer‘, wenn man die beschleunigt und turbulent abgelaufene österreichische Geschichte zwischen 1918 und 1945 bedenkt.

Die Zweite Republik kann daher – zunächst vereinfachend – als ein starrer „Historischer Block“ interpretiert werden, der in der österreichischen Geschichtsmentalität einen ausnehmend hohen „Gegenwartskoeffizienten“ aufweist.<sup>14</sup> Die Jahre seit 1945 wurden bis in die achtziger Jahre weniger als Vergangenheit denn als gegenwärtig oder gegenwartsnahe wahrgenommen, wenn man das Anfangsjahrzehnt der Zweiten Republik außer acht läßt, das bereits früh im Begriffe war, zur Geschichte zu werden.<sup>15</sup> Daher wurden bisher für die gesellschaftliche Legitimierung der Zweiten Republik weniger die (Zeit-)Geschichte als die Sozialwissenschaften als zuständig erachtet, während das Interesse und die Zahl der (zeit)geschichtlichen Publikationen über Themen nach 1955 deutlich nachließen, da es in Österreich bisher praktisch kaum eine *histoire du temps présent*, kaum eine Gegenwartsgeschichte gibt.

Auf diesem merkwürdig „irrealen“ Zeitverständnis beruht das Selbstverständnis Österreichs nach 1945, und zwar sowohl in einem wichtigen Teil seiner kulturellen Äußerungen als auch in seinem politischen Verständnis und in der alltäglichen Geschichtsmentalität, ja selbst in Teilen der Geschichtswissenschaft. Doch es scheint uns, als zeichne sich am gegenwartsnahen Ende des „Historischen Blocks“ der Zweiten Republik ein neuer Wendepunkt oder eine Randbildung ab, an dem die historische Zeit wieder in Fluß kommen kann. Vorzeichen dafür gab es schon in den Jahren der Waldheim-Konflikte (1986/87). Greifbar wurde der Wandel erst in den politisch-geschichtsmental verschobenen und Konflikten des „Gedenkjahres 1988“ fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“ und seit 1989 im Gefolge des Zusammenbruchs des Kommunismus/Sozialismus, während der Vereinigung Deutschlands und mit den beginnenden Umbrüchen in Ost- und Ostzentraleuropa.

Es war gewiß voreilig, im ersten Eindruck dieser Ereignisse das „Ende der Geschichte“<sup>16</sup> postulieren zu wollen. Doch die Wendejahre um 1990 markieren jedenfalls europaweit das „Ende der Nachkriegszeit“ und für Österreich wohl das

14 Vgl. Gerhard Botz, Zeitgeschichte in einer politisierten Geschichtskultur: Historiographie zum 20. Jahrhundert in Österreich, in: Konrad H. Jarausch u. a., Hg., Geschichtswissenschaft vor 2000, Hagen 1991, 299–328.

15 Vgl. Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, Nationalbewußtsein, wie Anm. 10, 6 ff.

16 Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?, München 1992; dazu v. a. Lutz Niethammer, Posthistoire, Reinbek bei Hamburg 1989.

Ende des Blocks der Jahre seit 1945 und den endgültigen Eintritt dieses Blocks in die (Zeit-)Geschichte.

### 1918/19 – 1933/34 – 1938: Widerlager zeitgeschichtlicher Identitäten

Österreich wies also im gegenwartsnahen Teil seiner Zeitgeschichte seit 1955, seiner ‚Gegenwartsgeschichte‘, eine nahezu ahistorische Identität auf. Die Differenzbildung erfolgte mit „1945“, allenfalls noch „1955“. In der Retrospektive – von der „Zeitlosigkeit“ des „Historischen Blocks“ über „1945“ zurück – erscheint das komplexe „Sowohl-als-Auch“ von starken Diskontinuitäten und bemerkenswerten Kontinuitäten im Verhältnis zur NS-Zeit vereinfacht bloß als eine „Stunde Null“.<sup>17</sup>

Weiter rückgreifend schuf sich die gegenwartsgeschichtliche Identität der Zweiten Republik, ihrer Stabilisierung dienend, weitere Differenzen, indem sie die im „historischen Material“ angelegten Diskontinuitäten verstärkte. So kam es nicht nur zu einer lange Zeit völlig unkritisch hingegenommenen überzeichnenden Abhebung von der NS-Periode (1938–1945), sondern auch zu einer vom halbfaschistischen autoritären „Ständestaat“ (1933–1938) und von der Ersten Republik (1918–1933). Schon in der Regierungserklärung der Dreiparteienregierung unter Leopold Figl vom 21. Dezember 1945 hieß es, das „Österreich von morgen“ werde „ein neues, ein revolutionäres Österreich“ sein, wobei sich in einer bezeichnenden Weise sozialistisches Revolutionspathos mit heimwehfaschistischer Diktion vermischte: „Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918 noch von 1933 noch eine von 1938 werden.“ Wie der wörtlich aus dem „Korneuburger Eid“ (1930) der Heimwehr übernommene erste Teil dieses Satzes zeigt, verbargen sich hinter den propagierten Diskontinuitäten korrespondierende Traditionsstränge. Es erscheint daher unvermeidbar, hier auch auf die vor 1945 liegenden Wendjahre der österreichischen Zeitgeschichte einzugehen. Dabei soll nicht übersehen werden, daß auch starke Bezugnahmen über 1918 zurück in die späte Habsburgermonarchie reichen.

In den Industrialisierungsphasen des 19. Jahrhunderts waren die Grundzüge jener regional ungleichgewichtigen Wirtschaftsstruktur entstanden,<sup>18</sup> die in allen historischen Teilperioden des 20. Jahrhunderts, wenngleich in abnehmender Deut-

17 Vgl. Gerhard Botz u. Albert Müller, „1945“: Historischer Bruch, Kontinuität oder Sowohl-als-Auch in der „Stunde Null“?, in: Weibel u. Steinle, Hg., Identität : Differenz, wie Anm. 1, 179–192.

18 Vgl. z. B. David F. Good, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914, Wien, Köln u. Graz 1986.

lichkeit, unter den aktuellen Wirtschaftsstrukturen erkennbar blieben: industrielle Schwerpunkte und Kerngebiete, die in einem arbeitsteiligen und marktmäßigen Zusammenspiel mit den anderen Regionen der Donaumonarchie standen, überwiegend im Osten Österreichs und in der Steiermark sowie im äußersten Westen, und traditionelle, zum Teil noch marktferne Agrarregionen und Gebirgslandschaften in der Mitte. Dem entsprach eine sozialstrukturell sehr unterschiedliche Ausprägung der Regionen, die den alten Kronlandindividualismus der späteren Bundesländer verstärken sollte. Da sich aus den Deutschsprechenden in der westlichen Hälfte der Habsburgermonarchie zu einem großen Teil auch die politisch, wirtschaftlich und kulturell hegemonialen Schichten rekrutierten, war im Gebiet des heutigen Österreich der Anteil der Militärs, Beamten und Verkehrsbediensteten überdurchschnittlich hoch. In den überwiegend deutschsprachigen Kronländern lag auch die Reichshauptstadt Wien. Hier kam es zu einer funktional bedingten Konzentration dieser sozialen Gruppen und Klassen, verstärkt noch durch die Massierung etwa von Bank- und Handelsangestellten, hauptstädtischen Mittelschichten bis hin zu einer typisch metropolitanen Intelligenz und kulturellen Elite.

Der in der österreichischen Reichshälfte spät durchgesetzte und immer noch limitierte Parlamentarismus und die große Dreiteilung der politischen Kultur in die ideologisch und lebensweltlich scharf abgegrenzten „Lager“ – die hauptsächlich sozialdemokratische Arbeiterklasse, der auf bäuerlichen und kleinbürgerlichen „Ständen“ aufbauende konservative politische Katholizismus und das zersplitterte Feld des reaktionären bis gemäßigt liberalen Deutschnationalismus – hinterließen, wenngleich seit 1945 schwächer werdend, bis Anfang der neunziger Jahre in der österreichischen Politik ihre Spuren. Nicht zuletzt zieht sich durch die einzelnen Perioden der österreichischen Zeitgeschichte ein nach-ständisches, von katholischen Gesellschaftsvorstellungen geprägtes Ordnungsdenken, das einhergeht mit einem auf Ausgleich und Kompromiß zielenden, auch limitierten Pluralismus zulassenden Konfliktregelungsmechanismus, der aber auch mit obrigkeitlicher Bevormundung und Öffentlichkeits- und Kritikscheu verbunden ist.

1918/19 – „Österreichische Revolution“ und Republikgründung: Obwohl das republikanische Österreich, das am Ende des Ersten Weltkriegs aus dem zerfallenden Vielvölkerstaat hervorging, einen klaren Bruch mit seiner monarchischen und multinationalen Vergangenheit repräsentierte, lebte diese doch auf vielfältige Weise weiter. Der neue Staat gab sich 1920 eine republikanische Verfassung, sein Territorium wurde in den Pariser Vororteverträgen neu abgesteckt und in bewaffneten Grenzkonflikten mit anderen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns vergeblich oder erfolgreich gewahrt. Der Verlust der Administrations- und Kontrollfunktion und

die Verminderung der wirtschaftlichen Aufgaben, die die deutschsprachigen Eliten und Mittelschichten im Rahmen des Vielvölkerstaates ausgeübt hatten, bedeutete zunächst auch eine weitgehende Zerstörung der meistens nur gemäßigt deutschnationalen österreichischen Identität dieser Habsburg-loyalen Schichten. Sofern nicht vom Habsburg-treuen politisch konservativen Katholizismus immunisiert, suchten die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen nach 1918 überwiegend in einer deutschorientierten Identität und im Anschluß an Deutschland neue Sicherheiten. Da der Anschluß immer wieder von den Siegermächten verwehrt wurde, ohne daß zunächst die weite Teile der Bevölkerung erfassenden Anschlußbewegungen erlahmten, blieb die territoriale Identität des neuen politischen Gebildes insofern negativ, als sie darauf gerichtet war, so bald wie möglich im Deutschen Reich aufzugehen, und sonst entlang der Trennlinien der drei politischen Lager sozial und subkulturell fragmentiert war.

Gravierend war neben den unmittelbaren Kriegsfolgen die Auflösung des alten interdependenten Wirtschaftsraumes und der Verlust der Herrschaftsfunktionen im Habsburgerreich: wirtschaftliche Stagnation, Bankenzusammenbrüche, erhöhte Krisenanfälligkeit ganzer Industrieregionen, Verschärfung von Inflation und Arbeitslosigkeit, die vor allem Angestellte, Akademiker und – früher undenkbar – die Staatsbediensteten betraf. Das Schlagwort von der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit gehörte zu den wenigen politischen Glaubenssätzen, die wie der Anschlußwunsch und die politische Radikalisierung in der Zwischenkriegszeit allen drei politischen Lagern mehr oder weniger gemeinsam waren.

Der wirtschaftlich und gesellschaftlich grundgelegte Bundesländer-Wien-Konflikt wurde noch durch den Gegensatz der meist konservativ oder deutschnational dominierten Bundesländer zu der nun sozialdemokratisch regierten Hauptstadt politisch zugespitzt. Nach dem Zerschlagen der „rot-schwarzen“ Regierungskoalition im Jahre 1920 und der Sanierung der Staatsfinanzen durch Bundeskanzler Seipel (1922) igelte sich die gesellschaftspolitisch immer mehr in die Defensive gedrängte Sozialdemokratie im Roten Wien ein und mußte zunehmend der christlichsozialen und heimwehfaschistischen ‚Reaktion‘ die Landeshaupt- und Kleinstädte überlassen, während diese das ‚Land‘, das ohnehin nie „rot“ gewesen war,<sup>19</sup> zum „Marsch auf Wien“ mobilisieren konnte. Politische Gewalttaten<sup>20</sup> und Straßenkämpfe zwischen den paramilitärischen Formationen wurden zuletzt fast alltäglich, und mit dem Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise gewann die radikale nationalsozial-

19 Vgl. aber Kurt Greussing, Hg., Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich, Steyr 1989.

20 Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, München 1983.



stische Bewegung zahlreiche Anhänger innerhalb der Jugend und in den krisenerschütterten Mittelschichten und darüber hinaus.

Die Hauptstadt Wien, nunmehr als zu groß dimensionierter „Wasserkopf“ erscheinend, hatte in diesem Übergangsprozeß einen beträchtlichen Teil ihrer zentralen Funktionen verloren und unterlag in der Folge einer nicht unwesentlichen Kontraktion.<sup>21</sup> In bezug auf die Kunst- und Kulturgeschichte hatte dies unter anderem zur Folge, daß die (meist typisch großbürgerliche) Nachfrage nach Kunst und Kultur als Element sozialer Repräsentation von Eliten und Oberschichten ebenfalls kontrahierte. Noch stärker in dieselbe Richtung wirkte sich allerdings auch die Erschütterung dieser Klassen durch die wirtschaftlichen Nachkriegsfolgen aus.

Am augenscheinlichsten war davon die Architektur betroffen. Auch jene Nachfrage nach Architektur, die durch den kommunalen Wohnbau des Roten Wien, aber auch durch die Siedlungsgenossenschaften<sup>22</sup> in Gang gesetzt wurde, konnte den gesamten Prozeß der Nachfragekontraktion nicht auffangen. Ähnliches gilt auch für die anderen Formen öffentlichkeitswirksamer Kunst, vor allem für Monumente, Denkmäler und Gebäude staatlicher Stellen, wenngleich in diesem Zusammenhang neben der ökonomischen Dauerschwäche auch Identitätsprobleme der Republik ausschlaggebend gewesen sein müssen. Abgesehen von Abwehrkämpfer- und Südtirol-Gedenkstätten in Kärnten und Tirol sowie von den weit verbreiteten lokalen Kriegerdenkmälern blieb jene Zusammenstellung von Büsten der drei sozialdemokratischen Republikgründer, die 1928 in einem Winkel zwischen Justizpalast und Parlamentsgebäude, gerade noch an der Ringstraße, Platz fand, praktisch das einzige Denkmal der Republik, bevor es am 12. Februar 1934 in einem symbolträchtigen Akt der Verhüllung mit Kruckenkreuzfahnen gesichtslos gemacht und schließlich entfernt wurde.

Das republikanische Leben der politischen Zeremonien wie des bürokratischen Alltags fand weitgehend noch in den Räumen der Monarchie statt, und dieser Umstand änderte sich bis in die fünfziger Jahre kaum. Änderungen und Anpassungen der öffentlichen Repräsentation von Macht erfolgten nur in den Etiketten. Aus Franz Joseph-Plätzen wurden kurzfristig Novemberplätze. (Auch dieser Wechsel von Bezeichnungen läßt sich entlang der Linie Dollfuß – Hitler – Rote Armee beziehungsweise Roosevelt – Raab usw. nahe an die Gegenwart heranzuführen.) Öffentliche Repräsentation erfolgte in der Ersten Republik hauptsächlich in neuen Formen

21 Vgl. z. B. Eduard März, *Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923*, Wien 1981, 275 ff.

22 Vgl. Wolfgang Hösl u. Gottfried Pirhofer, *Wohnen in Wien 1848–1938*, Wien 1988.

von Massenversammlungen und Massenaufmärschen oft militärischer oder paramilitärischer Art und im Gewand der kirchlichen Festkultur eines kämpferisch anti-republikanischen Katholizismus. Zugleich aber knüpfte man mit dem Ritual von Aufmärschen und Gegenaufmärschen der ehemaligen Frontkämpfer, der Heimwehren und der deutschnationalen Wehrverbände, einschließlich der SA und der SS, direkt an die militärisch-obrigkeitsstaatlichen Repräsentationsformen der alten Gesellschaft im Habsburgerstaat an. Freilich gab es einen bedeutenden Unterschied, der etwa beim Vergleich mit dem Kaiser-Franz-Josephs-Jubiläums-Festzug von 1908 deutlich wird: Die Paraden der Monarchie hatten offensichtlich die Funktion, das militärische Prinzip dem zivilen gegenüberzustellen, die paramilitärischen und militärischen Aufmärsche der Ersten Republik und des „Ständestaates“ hatten eher die Funktion, militärisches und ziviles Prinzip zu integrieren, Politik und Gesellschaft zu militarisieren.

Dem Gepränge und Pomp der konservativ-reaktionären und faschistischen Kräfte konnte die militante Sozialdemokratie nur das nüchterne Schutzbund-*oufit*, das an eine Mischung aus Weltkriegsuniform und Wanderanorak erinnerte, entgegensetzen. Ansonsten hielt sie die Tradition der alten Arbeiterfahnen und der Maifeiern des späten 19. Jahrhunderts hoch.<sup>23</sup> Eine genuin sozialdemokratische Arbeiterfestkultur wurde erst gegen Ende der zwanziger Jahre entwickelt; sie war vom Geist rationalistisch-symbolischer Feiern der Französischen Revolution, aber auch vom deutsch-„nationalen“ Nationskult getragen und stand in einem zeitgeistigen Zusammenhang mit der von Italien und Deutschland ausstrahlenden politischen Symbolik der Faschismen. 1930 wurde in Linz ein (an technischen Mängeln scheiterndes) Experiment einer proletarischen Massenfeier ausgeführt, das den herkömmlichen Musikbetrieb (auch die Arbeitersymphoniekonzerte Anton Weberns) sprengte und fast 50 Jahre später mit den Linzer „Klangwolken“ wieder aufgegriffen werden sollte: Man versuchte, die „Internationale“ mit einem koordinierten Ertönenlassen der Schiffs- und Fabrikssirenen aufzuführen.<sup>24</sup>

Der 12. November 1918, der Tag der Ausrufung der Republik, wurde zwar 1919 als Staatsfeiertag eingeführt und fand bis in die späten zwanziger Jahre außer bei den Anhängern der Arbeiterparteien beim liberalen und beim deutschnationalen Bürgertum auch eine gewisse Akzeptanz; dennoch blieb dieser Tag ein Fest der So-

23 Zu den diesbezüglichen langen Traditionen siehe v.a. Josef Ehmer, Rote Fahnen – Blauer Montag, in: Detlev Puls, Hg., Wahrnehmungsformen und Protestverhalten, Frankfurt am Main 1979, 143–174.

24 Vgl. Josef Weidenholzer, Auf dem Weg zum ‚Neuen Menschen‘, Wien, München u. Zürich 1981, 194 ff.; Helene Maimann, Hg., Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988, Wien 1988.

zialdemokratie, ein herbstliches Gegenstück zum Frühlingsfest ihrer Maifeiern. Die Christlichsozialen begingen diesen republikanischen Festtag mit einer Männerwallfahrt zum babenbergischen Hl. Leopold nach Klosterneuburg und hielten außerdem die Tradition des volksfestartig begangenen Kaiser-Geburtstags (Franz Joseph, geb. 18. August 1830).<sup>25</sup> Die solcherart fragmentierte Festkultur der Ersten Republik spiegelte ebenso wie das Dilemma der Bundeshymne (inoffiziell Kaiserhymne und Deutschlandlied versus Renner-Kienzel- beziehungsweise ab 1929 Kernstock-Haydn-Staats hymne) das Fehlen eines staatstragenden Konsenses.<sup>26</sup>

Die Kontraktion des traditionellen Kunst- und Kulturmarktes im weitesten Sinne und das konservativer werdende kulturelle Klima in Wien führten schon vor der autoritären Phase in den späten Jahren der Ersten Republik zu einer Abwanderung österreichischer Kulturproduzenten wie der Komponisten Arnold Schönberg und Hanns Eisler (zunächst) vor allem nach Berlin, das seine zentralen Funktionen nach 1918 keineswegs im selben Maße wie Wien eingebüßt hatte. Diese Phase einer schrumpfenden „Ökonomie“ von Kultur und Kunst korrelierte mit der Entstehung einer spezifisch österreichischen Fremd- und Selbstwahrnehmung ihrer Akteure. Dies gilt vor allem für die Literatur. Österreichische Schriftsteller wie Joseph Roth, Robert Musil oder Karl Kraus trugen zu diesem Definitionsprozeß, der als eine der Voraussetzungen für Prozesse der Identitätsbildung anzusehen ist, wesentliches bei.

1933/34 – Bürgerkrieg und „Ständestaat“: Die sozialen und politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise brachten Anfang der dreißiger Jahre das labile Gefüge der österreichischen Demokratie zum Einsturz. Massenarbeitslosigkeit, Verunsicherung der selbständigen und unselbständigen Mittelstände, Radikalisierung der von beruflicher Aussichtslosigkeit betroffenen Jugend und eine gesellschaftlich-politische Machtverschiebung: die Schwächung und politische Korrosion der Arbeiterbewegung und der Aufstand der Peripherie gegen das demokratische und „rote“ Zentrum des Staates radikalisierten die innenpolitische Szene und entzogen dem Verfassungskompromiß der frühen, noch „revolutionären“ Jahre der Republik ihre Grundlage. Politische Gewalttaten wurden fast alltäglich, die Militanz auch der demokratischen Auseinandersetzungen nahm zu, das Vordringen der faschistischen

25 Vgl. Ernst Hanisch, Das Fest in einer fragmentierten politischen Kultur. Der österreichische Staatsfeiertag während der Ersten Republik, in: Detlef Lehnert u. Klaus Megerle, Hg., Politische Teilkulturen zwischen Integration und Politisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik, Opladen 1990, 43–60.

26 Vgl. nunmehr Manfred Wagner, Die österreichischen Hymnen, in: Norbert Leser u. Manfred Wagner, Hg., Österreichs politische Symbole. Historisch, ästhetisch und ideologiekritisch beleuchtet, Wien 1994, 231–247.

Bewegung der Heimwehr und von ihr ausgehende Putschbestrebungen machten einen politischen Kompromiß mit der Sozialdemokratie immer schwieriger.

Als die Wirtschaftskrise neuerliche Sanierungsmaßnahmen und außenpolitische Verzichtserklärungen (praktisches Anschlußverbot durch den Völkerbund im Zusammenhang mit der „Lausanner Anleihe“) erforderlich machte und die NSDAP 1932 auch in Österreich erhebliche Wahlerfolge erzielen konnte,<sup>27</sup> zerbrach auch die regierende bürgerliche Koalition. Damit erhielten zunächst Träger autoritärer und berufsständischer Vorstellungen, die dem christlichsozialen „Lager“ entwachsen waren, Zugang zur Regierungsmacht, vor allem nachdem Bundeskanzler Dollfuß den ideologisch pro-österreichischen Flügel der Heimwehren in die Regierung einbezogen hatte. Unter dem Ideologem einer „berufsständischen Ordnung“ und einer „christlichen Erneuerung“ der Gesellschaft setzte ein immer autoritärer werdender Regierungskurs Schritt für Schritt die demokratischen Einrichtungen (Ausschaltung des Nationalrates am 4. März 1933, Verbot beziehungsweise Auflösung politischer Organisationen etc.) und die rechtsstaatlichen Grundrechte außer Kraft, einerseits und vor allem um die politische Macht der Sozialdemokratie zu brechen, und andererseits um den anwachsenden Nationalsozialismus einzudämmen. Die Regierung Dollfuß ließ dabei außer acht, daß der damit begonnene Zweifrontenkampf selbst mit Unterstützung Mussolinis und Horthys leicht die Kräfte des „vaterländischen“ Lagers übersteigen konnte.

Dies war beinahe schon 1934 der Fall, als ein verzweifelter Aufstandsversuch von Teilen der Sozialdemokratie und des (schon verbotenen) Republikanischen Schutzbunds im Februar zu einem blutigen Bürgerkrieg führte und am 25. Juli ein Putschversuch der illegalen NSDAP, SA und SS mit großen Opfern, zu denen auch Dollfuß selbst gehörte, niedergeworfen wurde. Schon zuvor war unter Berufung auf die Enzyklika des Papstes Pius XI. *Quadragesimo Anno* die Verfassung eines klassenübergreifenden „Christlichen Ständestaats“ verkündet worden. Sie blieb jedoch weitgehend Papier, während weiterhin die autoritäre Regierungspraxis überwog und unter Dollfuß' Nachfolger, Schuschnigg, noch zunahm. Faschistische Mobilisierungsstrategien blieben wenig wirkungsvoll, da die korporatistische Logik des österreichischen politischen Katholizismus einer totalitären Massenbewegung letztlich nicht entsprach. Die politische Basis des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes war zu schwach, sodaß ab 1936 (Juliabkommen mit Deutschland) mit dem Rückzug der

27 Vgl. Jürgen W. Falter u. Dirk Hänisch, Wahlerfolg und Wählerschaft der NSDAP in Österreich von 1927 bis 1932, in: *Zeitgeschichte* 15 (1987/88), 223–244; zur regionalen Differenzierung vgl. zuletzt Gerhard Botz u. Albert Müller: ‚Zentren und Peripherien‘ im Lichte von Wahlergebnissen der Ersten Republik, in: *Bericht über den 19. österreichischen Historikertag in Graz, Wien 1994*, 545–559.

„schützenden Hand“ Mussolinis und dem zunehmenden Druck des nationalsozialistischen Deutschland Österreich immer mehr auf „deutschen Kurs“ geriet.

Dies zeigte sich auch in der politischen Symbolik, die zunächst eine Adaptierung traditioneller Symbole des politischen Katholizismus an jene der faschistischen Heimwehr oder an jene ihrer italienischen Vorbilder war. In den letzten Jahren des „Ständestaates“ ließ sich auch eine Rückwendung zu einem an Altösterreich orientierten militärischen Imponiergehabe beobachten, das nicht zufällig von Tendenzen einer Habsburger-Restauration begleitet war. Äußerlich suchte der „Ständestaat“ aber auch manche Organisationen, Bezeichnungen und Symbole seiner radikalen, deutschen Konkurrenz unter Hitler nachzuahmen. Vor allem daraus ergab sich der Eindruck einer Faschisierung des Regimes; doch der „Ständestaat“ baute, anders als der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus, nicht auf einem dynamischen Sozial-Nationalismus auf, sondern konnte nur eine partielle und im Grunde nicht klassenübergreifende politische Mobilisierung erreichen. Dollfuß, aber auch Schuschnigg ging es eher um eine „berufsständische“ Stabilisierung auf der Grundlage vormoderner Gesellschaftsvorstellungen, die sich auf ein rückwärts projiziertes Ideal der bäuerlichen Hausgemeinschaft und einen paternalistischen Obrigkeitsstaat im Interesse jener Sozialgruppen beriefen, die zu den Verlierern der „österreichischen Revolution“, der demokratischen Staatsform und der industriellen Modernisierung gehört hatten.<sup>28</sup>

Dem autoritären Regierungszentralismus, der sich im Kontrast zum propagierten regionalistischen Heimatgedanken eher verstärkte, gelang es sogar, die Heimwehren als Regierungsbeteiligte sukzessive auszuschalten. Dies und die missionarische Absicht einer Re-Christianisierung Österreichs führten zur Rekonzeptualisierung und Intensivierung staatlicher Kunst- und Kulturpolitik, die nun einen katholischen, antiliberalen (zum Teil antisemitischen) und antipreußischen „Österreichgedanken“ pflegen sollte. Dies umfaßte eine Reihe von Maßnahmen wie etwa die gezielte Verleihung von Staatspreisen an dem Regime „genehme“ Künstler.<sup>29</sup>

Nach der Verkündung der „Nürnberger Rassengesetze“ in Deutschland mehrten sich schließlich auch in Österreich allgemeine Vorschläge und administrative Weisungen, die auf eine Diskriminierung der Juden hinausliefen. Dabei wurde von

28 Vgl. John Rath, *The First Austrian Republic – Totalitarian, Fascist, Authoritarian, or what?*, in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., *Beiträge zur Zeitgeschichte*, St. Pölten 1976, 163–188; Ulrich Kluge, *Der österreichische Ständestaat 1934–1938*, Wien 1984; Emmerich Tálos, *Das Herrschaftssystem 1934–1938*, in: ders. u. Wolfgang Neugebauer, Hg., „Austrofaschismus“, Wien 1984, 267–284; Gerhard Botz, *Krisenzonen einer Demokratie*, Frankfurt am Main u. New York 1987, 220 ff.

29 Vgl. Friedbert Aspetsberger, *Literarisches Leben im Austrofaschismus*, Königstein/T. 1980.

der regimetreuen katholischen Hierarchie betont, der ausschließliche Rassestandpunkt des Nationalsozialismus sei zwar „mit dem Christentum völlig unvereinbar“, doch sei „die katholische Kirche das stärkste Bollwerk“ gegen den „überaus schädlichen Einfluß“ vieler „gottentfremdeter Juden“ auf kulturellem Gebiet, in Wirtschaft und Politik (Stichworte: „mammonistischer Kapitalismus“ und „gottloser Kommunismus“) und gegen „die unsittliche Schlammflut, die vorwiegend vom Judentum aus die Welt zu überschweben droht“. Anton Staudinger hat diese Form von katholisch-antinazistischem Antisemitismus auf den Punkt gebracht:

Die gegen den nationalsozialistischen Rassenwahn gerichtete Auffassung, den Juden hafte wegen der Verweigerung ihrer göttlichen Berufung schlechter Charakter als ‚Erb‘-Sünde an, unterscheidet sich durch das Legitimationsmuster, nicht aber in der Sache: die zugeschriebenen negativen Eigenschaften wurden in beiden Versionen als zur ‚Natur‘ der Juden gehörig behauptet.<sup>30</sup>

Bezeichnend für diese dem Nationalsozialismus letzten Endes in die Hände arbeitende Ambivalenz war das „gesamtdeutsche“ Sendungsbewußtsein in der Österreich-Ideologie Dollfuß' und Schuschnigg, gegen die sich nur wenige, wie der Christlichsoziale Ernst Karl Winter und später der Kommunist Alfred Klahr, wandten. Noch jene Parole, mit der Schuschnigg zuletzt dem Druck Hitlers durch eine (schließlich nicht mehr durchgeführte) Volksbefragung am 13. März 1938 zu begegnen suchte, war Ausdruck dieser Mehrdeutigkeit: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!“

Die intendierte Etablierung von Differenz gegenüber dem NS-Staat war also keineswegs frei von Paradoxa. Es wurde nicht als bedeutungsvoll angesehen, daß Deutsche eben Deutsche und Österreicher eben Österreicher wären, viel eher gingen die Propagandisten des „Ständestaates“ davon aus, daß die Österreicher die „besseren Deutschen“ seien, ein Anspruch, der nicht nur deshalb problematisch war, weil sich über ihn kein Konsens herstellen ließ, sondern auch weil versucht wurde, ihn mit ‚Theorien‘ deutschnationaler, zum Teil damals schon in den Nationalsozialismus involvierter Professoren zu stellen und zu begründen. (Wir nennen als Beispiele die „Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung“ des Historikers Heinrich von Srbik und die „Stammes-Lehre“ des Germanisten Josef Nadler, beides Konstrukte, die – wie sich erweisen sollte – sowohl mit der Ideologie des „Ständestaates“

30 Anton Staudinger, Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik, in: Gerhard Botz, Ivar Oxaal u. Michael Pollak, Hg., Eine zerstörte Kultur, Buchloe 1990, 247–270, hier 269; vgl. auch Bruce F. Pauley, Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit, ebd., 221–246.

tes“ als auch mit der des Nationalsozialismus kompatibel waren.<sup>31</sup>) Im expliziten Streben nach Differenz wurde also (bewußt?) Indifferenz in Kauf genommen. Ganz ähnliche Phänomene können übrigens im Bereich der Literatur und der Belletristik beobachtet werden.<sup>32</sup>

Der „Ständestaat“ verfolgte innerhalb dieses Rahmens durchaus eine Politik der strategischen Förderung öffentlicher Kultur. Einerseits wurden Denkmäler errichtet (etwa im Burgtor in Wien<sup>33</sup>), andererseits versicherte man sich des Einflusses und direkten Zugriffs auf die RAVAG, also auf das (damals) „neue“ Medium,<sup>34</sup> dessen Macht Clemens Holzmeister in einem Neubau demonstrierte. Dieses Gebäude stellte eines der hervorragenden Beispiele „politischer Architektur“ im „Ständestaat“ dar.<sup>35</sup> Es gehörte zur Logik von Medien und Macht, daß das RAVAG-Gebäude schon 1934 eines der Ziele des „Juliputsches“ der Nationalsozialisten gewesen war.<sup>36</sup> Dagegen unterschied sich von den „Führerbauten“ Berlins und Münchens etwa die „Führerschule“ in der Wiener Fasangartenkaserne nur in Details, und in den Bundesländern zeigten sich unter dem Zeichen der propagierten Heimatverbundenheit „Vorstufen einer alpinen Blut-und-Boden-Architektur“. Der österreichische Pavillon auf dem Gelände der Biennale in Venedig von Josef Hoffmann wiederum stellt eine architektonische Synthese von italienischem Faschismus und Otto-Wagner-Schule dar.<sup>37</sup> Es zeigte sich einerseits, daß der „Ständestaat“

31 Symptomatisch in diesem Zusammenhang: Josef Nadler u. Heinrich v. Srbik, Hg., Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum, Salzburg 1936; vgl. zuletzt Gernot Heiss, Pan-Germans, Better Germans, Austrians: Austrian Historians on National Identity from the First to the Second Republic, in: German Studies Review 16 (1993), 411–433.

32 Vgl. Klaus Amann, Die Brückenbauer. Zur ‚Österreich‘-Ideologie in den dreißiger Jahren, in: ders., Die Dichter und die Politik. Essays zur österreichischen Literatur nach 1918, Wien 1992, 94–112.

33 Vgl. zuletzt Barbara Feller, Ein Ort patriotischen Gedenkens. Das österreichische Helden- und Denkmal im Burgtor in Wien, in: Jan Tabor, Hg., Kunst und Diktatur, Bd. 1, Baden 1994, 142–147.

34 Vgl. z. B. den Bericht eines Beteiligten: Theodor Veiter, Das kulturpolitische Nachrichtenprogramm der RAVAG in der Zeit des autoritären Staates 1933–1938, in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka, Hg., Geistiges Leben im Österreich der Ersten Republik, Wien 1986, 370–378.

35 Vgl. die Interpretation bei Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd. 3/1, Salzburg 1990, 149 f.

36 Vgl. Friedrich Kittler, Draculas neues Vermächtnis. Eine Eurovision, in: Andrei Ujica u. Hubertus v. Amelnunx, Hg., Television/Revolution. Das Ultimatum des Bildes, Marburg 1990, 125–131.

37 Vgl. u. a. Albert Müller, Josef Hoffmanns Pavillon auf dem Biennale-Gelände in Venedig und Fragen Österreichischer Identitäten in den 30er Jahren, in: Peter Weibel, Hg., Andreas Fraser, Christian Philipp Müller, Gerwald Rockenschau. Österreichs Beitrag zur 45. Biennale von Venedig 1993, Wien 1993, 65–95.

zwar kulturpolitisch restriktiv, jedoch anders als der Nationalsozialismus weit entfernt von einer totalitären Kontrolle war. Andererseits spiegelte sich die innere Heterogenität des „Ständestaates“, die auch in den ideologischen Elementen, seinem politischen Gefüge und in seinen Uniformen und Feiern zum Ausdruck kam, in der „Spannweite zwischen ‚Blut-und-Boden‘- und ‚imperialer Fortschrittsarchitektur‘ wider.“<sup>38</sup>

Gleichzeitig wurde diese „aktive“ Kulturpolitik ergänzt durch eine Strategie der Ausgrenzung „nichtakzeptabler“ Kulturproduzenten und Wissenschaftler. Vom Stigma des Nichtakzeptablen waren zu einem kleinen Teil illegale Nationalsozialisten, zu einem viel größeren Teil aber Vertreter linker oder liberaler Positionen betroffen. So wurde etwa Sigmund Freud von der Wiener Universität schon 1934 die Lehrbefugnis entzogen. Gleichzeitig wurden sozialdemokratische Kulturproduzenten – manchmal explizit österreichische Patrioten – ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt und politisch und polizeilich verfolgt. Zur selben Zeit aber wurde Österreich selbst vorübergehend zu einem Zuwanderungsland von deutschen Künstlern und Literaten, die sich zur Flucht beziehungsweise Emigration aus Hitlerdeutschland gezwungen sahen und den geringeren Gleichschaltungsdruck des „durch Schlampelei gemilderten“ österreichischen Polizeistaats als freie Luft empfanden. Dennoch hat das autoritäre System durch das Einreißen vorhandener demokratischer Barrieren der nationalsozialistischen Gleichschaltung den Boden bereitet.

1938 – „Anschluß“ und nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich: Die Abdankungserklärung Schuschniggs am 11. März 1938, die Verkündung des „Anschluß“-Gesetzes durch Hitler am 13. desselben Monats und das 99prozentige „Ja“ zur „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ am 10. April 1938 besiegelten das Ende des selbständigen Österreich. Der – wohl überwiegend enthusiastisch begrüßte – „Anschluß“ und der Beginn der Eingliederung der „Ostmark“ in das „Großdeutsche Reich“ waren in der Tat weder bloß eine „Okkupation“ noch eine „nationale Erhebung“. Sie waren eine dreifache Machtübernahme des Nationalsozialismus in Österreich, und zwar eine pseudorevolutionäre Machtübernahme *von unten* durch wirtschaftlich und sozial radikalisierte Mittelschichten und junge „Entwurzelte“, eine scheinlegale Machtübernahme *von innen* durch die obermittelständischen „gemäßigten“ Nationalsozialisten und die „katholisch Nationalen“, die schon im „Ständestaat“ Position um Position errungen hatten, und nicht zuletzt durch die Intervention der Deutschen Wehrmacht und Himmlers SS *von außen*. Über die politischen Folgen hinaus führte dies unter an-

38 Friedrich Achleitner, Gibt es eine austrofaschistische Architektur?, in: Franz Kadrnoska, Hg., Aufbruch und Untergang, Wien 1981, 587–592, hier 587.



derem zu einer weitgehenden Demontierung der gesellschaftlichen Strukturen und Traditionen der Ersten Republik.

Die „Gleichschaltung“ und Durchorganisation zahlreicher Lebensbereiche unter nationalsozialistischen Vorzeichen, die mit der Verfolgung der bisherigen politischen Eliten (linker wie rechter Provenienz) Hand in Hand gingen, hatten unter anderem den teilweisen Zusammenbruch traditionaler patriarchalischer Strukturen – zum Beispiel in den Familien oder in den Kleinbetrieben – zur Folge, die wenigstens partiell auch als „Modernisierungseffekte“<sup>39</sup> des „Dritten Reiches“ in Österreich angesehen werden können. Unter Ausnutzung traditioneller regionalistischer („Landes“-)Identitäten und des Anti-Wien-Affekts der österreichischen „Provinz“ konnte der Nationalsozialismus die ohnehin prekäre österreichische Identität nach und nach brechen, nicht zuletzt durch die Auflösung der „Ostmark“ in sieben „Reichsgaue“. Nicht nur die Bezeichnungen „Österreich“ und „Ostmark“, sondern bald jede zusammenfassende Benennung, die an alte österreichische Identitäten erinnern konnte, wurden verboten. Diese Maßnahmen fanden bei vielen Österreichern Zustimmung, jedenfalls solange die außenpolitischen Erpressungen und das Kriegsglück dem nationalsozialistischen „Reich“ und mit ihm den Österreichern Erfolg und Belohnung versprachen, sei es in Form von Profit aus der wirtschaftlichen Ausbeutung von immer mehr europäischen Ländern, sei es durch die dadurch im Inneren mögliche Sozialpolitik – im wesentlichen ein *by-product* der Tendenzen zur ‚Durchorganisation‘ der Gesellschaft –, sei es durch die Versprechung von Siedlungsraum für „blond-blaüugige“ Kolonialbauern im „Osten“ und die Erwartung eines Herrenvolk-Daseins über slawische „Untermenschen“. Die stufenweise Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft,<sup>40</sup> die sich gerade in Österreich auf lange antisemitische Traditionen stützen konnte, wobei allerdings vom Wort nicht einfach die Tat abgeleitet werden kann, hatte in ihrer radikal neuen Qualität im Nationalsozialismus und in ihrem Ende, in der industriellen Vernichtung der Juden, einen nicht zu unterschätzenden Effekt auf die ökonomische Umverteilung, gerade auch für die „kleinen Leute“. Dies kann am Beispiel der Arisierungen von

39 Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: ders., Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, 405–427. Der Autor spricht von einer „vorgetäuschten Modernisierung“ durch den Nationalsozialismus für Deutschland, eine Bewertung, die für Österreich, das sich 1938 auf einer niedrigeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Modernitäts“-Stufe befand als Deutschland und allein durch die eintretenden Integrationseffekte „modernisiert“ wurde, zu differenzieren ist.

40 Gerhard Botz, Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. Das Ende des Wiener Judentums unter der NS-Herrschaft (1938 bis 1943), in: Botz, Oxaal u. Pollak, Eine zerstörte Kultur, wie Anm. 30, 285–311.

Wohnungen und Geschäften in Wien, klarer als für andere Teile Österreichs oder Deutschlands, gezeigt werden.<sup>41</sup>

Dies alles, gepaart mit der terroristischen Unterdrückung von Ansätzen des Widerstandes, mit umfassender Propaganda und mit wirtschaftlichen und industriepolitischen Maßnahmen,<sup>42</sup> die allerdings hauptsächlich auf Rüstungsintensivierung und Kriegsvorbereitung zielten,<sup>43</sup> verstärkte in den Augen vieler Beteiligter den Anschein des Aufschwungs und der Modernisierung. Dies ließ der Mehrheit den Bruch mit österreichischen Traditionen zunächst als wenig relevant erscheinen. Die politischen Führer und Aktivisten der schon 1933/34 unterlegenen „Marxisten“ und des 1938 besonderer Verfolgung ausgesetzten katholisch-konservativen „vaterländischen Lagers“ zogen sich ins scheinbar Unpolitische oder in den Untergrund zurück, hielten Kontakt und versuchten, sich anzupassen und zu überleben, sofern sie nicht wie relativ wenige kommunistische (und andere „linke“) und „austrofaschistische“ oder religiöse Aktivisten einen oft selbstmörderischen Widerstand wagten oder als Juden gedemütigt, verfolgt, vertrieben und/oder schließlich industriell vernichtet wurden.

Für die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auch für die (nichtjüdischen) „Kulturschaffenden“, war die nationalsozialistische Politik vor allem auch eine Politik der umfassenden „Ästhetisierung“ gerade auch des alltäglichen Lebens, einer Ästhetisierung allerdings, die mit Saul Friedländer als eine Verbindung von „Kitsch und Tod“ beschrieben werden kann.<sup>44</sup> Das – allerdings nur in Ansätzen realisierte – architektonische Programm Hitlers für die Stadt Linz, die „Patenstadt des Führers“, gibt davon eindrucksvoll Zeugnis.<sup>45</sup> Ähnliche Pläne wurden für das auf den Status einer Provinzgroßstadt im „Südosten des Reiches“ herabgedrückte Wien erwogen, in der Absicht, die habsburgisch-imperiale Monumentalarchitektur und Stadtplanung zu übertrumpfen. Bemerkenswert ist allerdings die unter Reichsstatthalter Baldur von Schirach (1941–1945) begonnene Pflege einer Wien-bezogenen Heimatkultur, die einerseits an die heimattümeln, antimodernistischen kulturellen Strömungen der Zeit vor 1938 anknüpfte,

41 Vgl. Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien 1975.

42 Vgl. zuletzt Fritz Weber, Die Spuren der NS-Zeit in der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, in: ÖZG 3, H. 2 (1992), 135–165.

43 Vgl. z. B. Helmut Fiereeder, Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich (1938–1945), Wien 1983.

44 Saul Friedländer, Kitsch und Tod. Der Widerschein des Nazismus, München 1986.

45 Evan Burr Bukey, „Patenstadt des Führers“. Eine Politik- und Sozialgeschichte von Linz 1908–1945, Frankfurt am Main u. New York 1993, 283 ff.

andererseits bei aller realitätsflüchtigen Wien-Seligkeit – etwa die operettenhaften Hans Moser-Filme und die glanzvollen Staatsopern- und Theateraufführungen trotz Bombenhagels und Kriegsanstrengungen – zur Konservierung eines nostalgischen Österreichmythos unter nationalsozialistischem Vorzeichen beitrug.

Im Endeffekt bewirkten die politischen und gesellschaftlichen Brüche, trotz aller Übergänge und Kontinuitätslinien, die sich über sie hinwegzogen, zwischen 1918 und 1945 im historischen Bewußtsein aller drei österreichischen „Lager“ wenigstens eine Gemeinsamkeit. Alle hatten zwei bewußtseinsprägende historische Brüche erfahren: die Katholisch-Konservativen 1918 und 1938, die „Marxisten“ 1933/34 und 1938 und die Deutsch-„Nationalen“ (beziehungsweise Nationalsozialisten) 1933/34 und 1945. Nur die beiden erstgenannten Gruppen konnten allerdings den Bruch von 1945 als positive, identitätsstiftende Erfahrung in die Zeit nach 1945 einbringen.

### Synchrone Differenz/territoriale Identität in der Zweiten Republik

Identität/Differenz einer Nation bestimmt sich jedoch nicht nur in der Dimension zeitlicher Tiefe, sondern auch in einer synchronen, internationalen geographischen Abgrenzung.<sup>46</sup> Jede grundlegende Veränderung in den Außenverhältnissen und in der internationalen Umwelt Österreichs hatte daher auch mehr oder weniger tiefgreifende Rückwirkungen auf das österreichische Identität/Differenz-Problem. Der Historiker Friedrich Heer hat dies auf die Formel gebracht: „Es gibt kein historisch-politisches Gebilde in Europa, das so sehr *außengesteuert* ist wie Österreich.“<sup>47</sup>

Die Außen-/Binnen-Orientierung der Zweiten Republik war variabel und in ihrer Blickrichtung selektiv. Folgende Phasen können hier einigermaßen voneinander abgehoben werden: Erstens die unmittelbare Nachkriegs-Periode, in der das befreite Österreich unter alliierter Besatzung von einer einseitig durchlässigen Differenz von der internationalen Nachkriegszeit getrennt und je nach Besatzungsmacht unterschiedlichen Außeneinflüssen ausgesetzt war (etwa bis 1947/49). Zweitens im darauf voll entfalteteten Kalten Krieg eine rasch zunehmende Westorientierung (über Deutschland hinweg) während der weiteren Besatzungszeit (bis 1955), beendet vom Staatsvertrag und von der Neutralitätserklärung. Darauf folgten drittens eine Phase (bis Ende der sechziger Jahre), die vom abflauenden Kalten Krieg und innerhalb Österreichs von einer Tendenz zu provinzieller Selbstgenügsamkeit und

46 Vgl. Stein Rokkan u. Derek W. Urwin, *Economy, Territory, Identity*, London 1983, 66 ff.

47 Friedrich Heer, *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien 1981, 17.

beginnenden (West-)Deutschland-Orientierung geprägt war, und viertens, parallel zur internationalen *détente*, eine Phase (etwa 1970 bis 1985), die einerseits von einer (dosierten) Öffnung für internationale Organisationen und Politik, neu für das republikanische Österreich,<sup>48</sup> andererseits auch von einer Art stolzen Inselbewußtseins der Österreicher geprägt wurde. Nach einer kurzen Übergangsphase, gekennzeichnet von einer Tendenz zu wehleidiger Selbstisolierung im Gefolge der internationalen Affäre um die Kriegsvergangenheit Bundespräsident Waldheims (1986/88), folgte, fünftens, die volle Hinwendung nach Westeuropa (EU) und Österreichs (Wieder-)Öffnung nach Ost- beziehungsweise Ostzentraleuropa. Nun, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zerbrechen des osteuropäischen kommunistischen Systems, liegt es im Bereich des Möglichen, daß Österreich weniger das „Herz Europas“ werden könnte, wie es manchmal in der bilderreichen Sprache der offiziellen Außenpolitik heißt, als vielmehr ein Schnittpunkt externer Konflikte.

Bezeichnend ist, wie sich die wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs und seine Außenpolitik im Bewußtsein der Österreicher der Zweiten Republik, zugleich noch historische Reminiszenzen tradierend, niedergeschlagen haben: Um das Jahr 1980 zogen es 78 Prozent der Befragten einer Repräsentativumfrage vor, in einem Kleinstaat zu leben, während nur noch 18 Prozent einem Großstaat-Dasein nachtrauerten. Dementsprechend sahen 75 Prozent der Österreicher die Aufgabe ihres Landes darin, „neutrale Friedenszone zwischen den Machtblöcken“, und 57 Prozent, „Brücke zwischen Ost und West“ zu sein, zweifellos typische Österreich-Identitäten in der Zweiten Republik. Darunter existierten allerdings noch ältere Österreich-Autostereotype aus der Zwischenkriegszeit beziehungsweise aus den ersten beiden Jahrzehnten der Zweiten Republik weiter: 17 Prozent verstanden Österreich als „Vorhut des christlichen Abendlandes“, 7 Prozent als „Bollwerk gegen den Osten“ und 47 Prozent als „Träger eines großen kulturellen Erbes“.<sup>49</sup>

Noch deutlicher wird die Identitätsbildung und -entwicklung durch Abgrenzung oder Nicht-Abgrenzung von Nachbarn mit Hilfe der erfragten Sympathien und Antipathien der Österreicher. Zunächst besteht hier das Paradoxon, daß sich die Österreicher der achtziger Jahre hinsichtlich ihrer ‚National‘-Merkmale geradezu als komplementär zu den (West-)Deutschen verstanden, etwa als musischer, „weiblicher“ und umgänglicher, aber weniger rational und erfolgreich. Doch gleich-

48 Vgl. Peter Jankowitsch, Foreign Policy, in: Kurt Steiner, Hg., *Modern Austria*, Palo Alto, CA. 1981, 361–380.

49 Paul Lazarsfeld-Gesellschaft, *Nationalbewußtsein*, wie Anm. 10, 17 ff.; William T. Bluhm, *Building an Austrian Nation*, New Haven 1973, 239.

zeitig empfanden sie die Deutschen als besonders sympathisch, „innerlich verwandt“, und wünschten mit ihnen „besonders enge und gute Beziehungen“. Immer, nachweisbar seit den sechziger Jahren, führten die Deutschen in der Rangordnung der Sympathiewerte der Österreicher vor allen anderen Nationen, wenngleich sich allmählich ihre anfänglich überragende Rolle zu mindern begann.

### Identität und Distinktionen im „Historischen Block“ der Zweiten Republik

Am Anfang der Zweiten Republik steht – wie in ganz Zentraleuropa – die Erschütterung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse durch das Ende des Zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur. Doch sowohl Identität als auch Differenz bestimmen das Verhältnis dieser Zweiten Republik von 1945 bis in die neunziger Jahre zur Ersten Republik und – paradoxerweise – auch zur NS-Periode. Wir haben diese Periode des scheinbaren Stillstands von Geschichte daher eingangs als „Historischen Block“ bezeichnet.

Die Selbststrukturierung der Zweiten Republik hätte ohne eine spezifische sozio-ökonomische Fundierung aus dem Zusammenwirken dreier Elemente kaum funktionieren können: einem hohen Verstaatlichtenanteil an der Industrie, der weitgehend (neo-)korporatistischen Organisation gesellschaftlicher Interessengruppen und einer spezifisch österreichischen Ausprägung von Sozialpartnerschaft, innerhalb der Interessenausgleiche weitgehend konsensual erzielt werden konnten und können. In diesem Rahmen vollzogen sich in der Zweiten Republik tiefgreifende, jedoch nicht abrupte Verschiebungen vom agrarischen Sektor zunächst zur Industrie und zur Arbeiterschaft und von diesen Sektoren zunehmend zum „tertiären Bereich“, besonders zu den neuen Dienstleistungsberufen sowie zum öffentlichen Dienst.<sup>50</sup>

Dem korrespondierte ein relativ stabiles und sich nur allmählich aufflockern-des Wählerverhalten. Die alten politischen „Lager“ und sozial-moralischen Milieus behielten in Österreich länger ihre Prägungskraft als in vielen vergleichbaren westeuropäischen Gesellschaften. Die hohe formale politische Durchorganisierung Österreichs ist bei westlichen Demokratien ein Ausnahmefall, gemessen an der Größe der Parteimitgliederzahlen, an den Wahlbeteiligungen und an den nicht nur durch öffentlich-rechtliche Zwangsmitgliedschaft vorgegebenen und nahezu mit monopolistischer Vertretungsmacht ausgestatteten Interessenorganisa-

<sup>50</sup> Vgl. dazu Max Haller, *Klassenbildung und soziale Schichtung in Österreich. Analysen zur Sozialstruktur, sozialen Ungleichheit und Mobilität*, Frankfurt am Main u. New York 1982.

tionen. Die größten vier Interessenorganisationen lassen sich entweder der Seite der Lohnabhängigen (Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund) oder der Seite der Selbständigen (Bundeswirtschaftskammer und Landwirtschaftskammern) zuordnen und damit annähernd auch den Sphären der großen politischen Parteien. Kennzeichnend für dieses System ist die vergleichsweise starke personelle Verflechtung zwischen Interessenverbänden und Parteien. Somit konnten von den Verbandsspitzen hinter verschlossenen Türen ausgehandelte wirtschafts- und sozialpolitische Kompromisse der jeweils eigenen Basis gegenüber durchgesetzt und lange Zeit vor störenden Abstimmungsspannen im Parlament bewahrt werden. Das einmal etablierte System des sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs und der Interessendurchsetzung, die „Paritätische Kommission“ mit ihren Nebeneinrichtungen, bedurfte keiner formalen, verfassungsmäßigen Regelung, ja diese wäre nur hinderlich gewesen. Solange die so interessenmäßig Vertretenen mäßige, aber mittelfristig gesicherte materielle Zuwachsraten erwarten können und ihre Fernhaltung von politischen Entscheidungen hinnehmen, scheint dieser sozio-ökonomische Kernmechanismus der Zweiten Republik zu funktionieren. Selbst angesichts verschiedener wirtschaftlicher Herausforderungen und Strukturanpassungskrisen seit den achtziger Jahren hat er sich als anpassungsfähig erwiesen. Daß dies weiterhin in einer vom politischen Wertewandel veränderten Gesellschaft, noch dazu in einer geänderten internationalen Umwelt und nach dem Eintritt Österreichs in die Europäische Union zutreffen wird, erscheint zunehmend fraglich.<sup>51</sup>

Überhöht wurde dieses sozialpartnerschaftliche System durch das schon mehrfach angesprochene und sich seit den sechziger Jahren einstellende nationale und historische Selbstgefühl der Österreicher. „Zeitstillstand“ und vorausgehende Katastrophenerfahrungen waren die Bausteine, aus denen sich die Geschichtsmentalität der österreichischen Gegenwartsgeschichte zusammensetzt und die die Zeit nach 1945/55 als „Historischen Block“ erscheinen ließen. Demgegenüber verblaßten im „ruhigen Fluß“ des politischen Lebens der Zweiten Republik die Einschnitte, politische Mehrheitswechsel und das Kommen und Gehen von Regierungen und Bundespräsidenten, weil eben auch nicht allzuviel davon abhing, zu bloß feinen Unterschieden.

Die ersten Jahre der Zweiten Republik, vierteteilt unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, waren zunächst Jahre der Ausnahme und der Rekonstruk-

51 Vgl. etwa Michael Pollak, Vom Konflikt- zum Kompromißverhalten, in: *Austriaca*, Sonder-Nr. 3 (1979), 369–389; Bernd T. Marin, *Die Paritätische Kommission*, Wien 1982; Peter Gerlich, Edgar Grange u. Wolfgang C. Müller, Hg., *Sozialpartnerschaft in der Krise*, Wien 1985; Anton Pelinka, *Sozialpartnerschaft und Interessenverbände*, Wien 1986; vgl. zuletzt ders., *Die Zukunft der Sozialpartnerschaft – die Sozialpartnerschaft der Zukunft*, in: *Wiener Journal* 173 (1995) 15.

tion, der Beseitigung der ärgsten Kriegsschäden, noch unter dem Diktat schwerwiegender Versorgungs- und Nahrungsmittelknappheit, und vom Wiederaufbau demokratischer Institutionen geprägt. Nach anfänglichem Zögern auch österreichischerseits ging es vordringlich um die Wahrung der staatlichen Einheit und das Verhindern einer Auseinanderentwicklung der westlichen und der sowjetischen Besatzungszonen und um Vergrößerung der Unabhängigkeit von den Besatzungsmächten. Eine wichtige Etappe wurde schon 1946 mit dem Zweiten Kontrollabkommen erreicht. Innenpolitisch standen die ersten drei Jahre im Zeichen einer Allparteienregierung der ÖVP, SPÖ und KPÖ, bei Ausschließung der ehemaligen Nationalsozialisten von der politischen (und partiell wirtschaftlichen) Partizipation. Außenpolitisch brachte die zweite Hälfte der vierziger Jahre einen zähen, aber zu Hoffnung auf Erfolg Anlaß gebenden Fortschritt in den Verhandlungen mit den vier Großmächten um einen Staatsvertrag, bevor der sich seit 1947 verschärfende Kalte Krieg diese Entwicklungen zum Stillstand brachte.

Kulturell waren diese Jahre nicht nur restaurativ, sondern auch Jahre des optimistischen Aufbruchs,<sup>52</sup> Neubeginns und des Nachholens mancher westlicher kultureller Entwicklungen, die während zwölf Jahren zweierlei Diktatur versäumt worden waren. Dabei wirkte sich die von den Westalliierten unter dem Schlagwort *Re-Education* eingeleitete externe Kulturpolitik internationalisierend aus und ging nicht in einer bloßen Amerikanisierung – „Coca-Colonisation“<sup>53</sup> – auf. Die Währungsreform von 1947 leitete das Ende dieser Periode ein, zugleich begann eine verstärkte politische und wirtschaftliche Westintegration Österreichs. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem Marshall-Plan zu, dessen Mittel Österreich, gemessen an seiner Einwohnerzahl, in einem Ausmaß zugute kamen wie keinem anderen europäischen Land. Dies bewirkte einen anhaltenden Investitionsstoß und eine Westverschiebung der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb Österreichs, aber auch eine verstärkte Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit dem „Westen“.<sup>54</sup>

Nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung begann die fast zwanzigjährige Periode der Großen Koalition, in der die beiden größten politischen Kräfte des Landes – wenn es so etwas überhaupt gibt – die Lehren aus Konfliktzuspitzung und Bürgerkrieg in der Ersten Republik und gemeinsamer Verfolgung durch den Nationalsozialismus zogen. Bis 1966 blieben die Nationalratswahlergebnisse für die ÖVP und die SPÖ mit einer engen Schwankungsbreite (zwischen

52 Vgl. auch Hermann Glaser, *Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1990.

53 Reinhold Wagnleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg*, Wien 1991.

54 Vgl. Helmut Kramer u. Otmar Höll, *Österreich in der internationalen Entwicklung*, in: Herbert Dachs u. a., Hg., *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien 1991, 52–69, hier 61 ff.

40 und 45 Prozent) nahezu stabil,<sup>55</sup> sodaß keine der Großparteien allein regieren konnte. Außenpolitisch und in grundlegenden gesellschaftspolitischen Fragen garantierte dies weitgehende Kontinuität im Rahmen des abgesteckten Gründungskonsenses der Zweiten Republik, innenpolitisch war jedoch die Periode bis zu den frühen fünfziger Jahren von diversen Unsicherheiten geprägt. Wirtschaftlich ging es noch keineswegs glatt aufwärts, die Arbeitslosigkeit war hoch, und lohnpolitisch wurden Maßnahmen gesetzt, die breite Schichten in Mitleidenschaft zogen und Streikwellen und politische Unruhen zur Folge hatten. Diese wurden von den Kommunisten angefacht und kulminierten 1950 im „Oktoberstreik“, der als der Versuch einer Nachholung der kommunistischen Machtübernahmen in osteuropäischen Ländern interpretiert wurde und tatsächlich eine Bruchstelle der Zweiten Republik hätte werden können.<sup>56</sup> Auch das Potential der unzufriedenen „Ehemaligen“ floß darin ein, die nach dem Auslaufen der Entnazifizierung auf die politische Szene zurückkehrten. Es sammelte sich in einer eigenen Partei, im „Verband der Unabhängigen“ (VdU), aus dem später die „Freiheitliche Partei“ (FPÖ) hervorging. Kulturpolitisch erscheint uns diese Periode heute oft borniert und provinziell, kulminierend etwa in der Verhinderung der Gestaltung des Eisernen Vorhangs in der Staatsoper durch Marc Chagall oder des Engagements Berthold Brechts bei den Salzburger Festspielen.

Das bestimmende Ereignis dieser Teilperiode wurde der Abschluß des Österreichischen Staatsvertrags und seine polit-theatralische Unterzeichnung im Wiener Belvedere am 15. Mai 1955 in einer weltpolitisch günstigen Stunde vorübergehender Ost-West-Entspannung und Europa-taktischer Überlegungen auf seiten der UdSSR. Diese soll das zukünftige Österreich als Barriere innerhalb der de facto bereits eingeplanten Nord-Süd-Verbindungen der NATO durch Tirol und als Modellfall für Deutschland vorgesehen haben. Das Verdienst der österreichischen Regierungspolitiker Raab, Figl, Schärp und Kreisky war es, diese günstige Stunde genutzt zu haben und als Voraussetzung des Verhandlungserfolgs auf sowjetischen Wunsch eine Neutralitätserklärung Österreichs eingegangen zu sein. Dadurch wurde ein schon älteres Modell der internationalen Stellung Österreichs aufgegriffen und eines der wichtigsten Momente der gegenwärtigen österreichischen Identität geschaffen. So sagten noch Anfang der neunziger Jahre 80 Prozent der Österreicher/innen, die Neutralität sei „ein unverzichtbarer Bestandteil der öster-

55 Vgl. Melanie A. Sully, *Political Parties and Elections in Austria*, London 1981, 155 ff.

56 Vgl. Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley u. Robert Streibel, Hg., *Der Oktoberstreik 1950*, Wien 1991.



reichischen Staatsidee“<sup>57</sup> ohne Zweifel ein nun überschrittener Höhepunkt gelungener Identitätsbildung durch staatsrechtliche Fixierung einer allseitigen Differenz.

Erst nach diesem außenpolitischen Eckdatum, das noch durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Ungarn-Aufstand des Jahres 1956 akzentuiert wurde, entwickelte sich in Reinkultur jenes innenpolitische Muster, das mit der Großen Koalition und der Sozialpartnerschaft assoziiert wird: wirtschaftliche Hochkonjunktur und Modernisierung, Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Streiks, Etablierung der „Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen“ (1957) und politische und wirtschaftliche Aufteilung des Landes in zwei einigermaßen gleiche „Reichshälften“, was den gesellschaftlichen Status quo garantierte, doch auch ein wachsendes Gefühl der Erstarrung des politischen und kulturellen Denkens nährte. Vereinzelt politische Krisen um die Einreisepläne Otto Habsburgs (1963) oder den „starken Mann“ im ÖGB, Franz Olah, (1964) und politische Zusammenstöße nach offenen altnazistischen Äußerungen des Historikers Taras Borodajkewycz (1965) signalisierten das nahende Ende dieser fast prästabilisierten österreichischen Ordnung. Sie wurden zum Vorspiel eines eindeutigen Wahlsiegs der ÖVP und der Bildung einer Alleinregierung im Jahre 1966 und zeigten an, daß auch die wahlpolitischen Blöcke allmählich in Bewegung kamen und die starren historischen „Lager“-Grenzen aufzuweichen begannen. Kulturpolitisch stellen die in der ÖVP-Regierung vertretenen „konservativen Reformer“ den Endpunkt der vorausgehenden Periode dar, wie sie auch auf deren Ablösung durch die kommenden Perioden sozialdemokratischer Hegemonie vorausweisen.

Als zeitverzögerte Fernwirkung der westeuropäischen sozialliberalen Reformbewegungen ist nach 1947 und 1955 die dritte Flexur in der Geschichte der Zweiten Republik zu verstehen: 1970 stellte zum ersten Mal die SPÖ mit Bruno Kreisky den Bundeskanzler und allein eine Regierung. Die Nationalratswahlen von 1970 und 1971 wurden von der SPÖ und Kreisky nicht zuletzt mit Slogans gewonnen, die auf Internationalisierung („Europareife“), auf Verwissenschaftlichung der Politik sowie auf Aufklärung als Mittel wie Ziel von Politik („2000 Experten“), auf Modernisierung und auf bewußte Liberalität gegenüber avantgardistischen Strömungen verwiesen. Die konservative ÖVP, die 1970 noch damit geworben hatte, daß ihr Kandidat, Josef Klaus, der sich in der Öffentlichkeit häufig im als besonders patriotisch geltenden Trachtenanzug zeigte, ein „echter Österreicher“ sei, konnte sich auch in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten vom Verlust ihrer „staatstragenden“ Rolle nicht erholen. Die Jahre der Regierungszeit des „Sonnenkönigs“ Kreisky bis in die frühen achtziger Jahre wurden wenigstens tendenziell Jahre des wirtschaft-

57 SWS-Rundschau 31 (1991), H. 2, 232 ff.

lichen Wohlstandes, des weiteren Ausbaus des Sozialstaats nach skandinavischem Muster und eine Ära von politischen Reformen. Charakteristisch für die Wählerkoalition und das gesellschaftspolitische Programm Kreiskys waren etwa dessen Ausspruch, daß ihm ein höheres Budget-Defizit lieber sei als 10.000 Arbeitslose mehr, oder der Umstand, daß er in seinen Amtsräumen demonstrativ ein Bild Hundertwassers aufhing, was als ein Zeichen außerordentlicher kultureller Toleranz verstanden wurde; schließlich galt der Maler als Provokateur, hatte er sich doch zuvor anlässlich einer Vernissage vor einer Wiener Kulturstadträtin entkleidet. Es waren auch Jahre der linksliberalen Rechtsreformen Christian Brodas und der Einbeziehung bisher als untragbar kritisch geltender Intellektueller und Künstler in den offiziellen Wissenschafts- und Kulturbetrieb.

Doch die intellektuellen und geistigen Reformkräfte, die sich mehr und mehr außerhalb der traditionellen Linken und schließlich um die Antiatomkraft- und Ökologie-Bewegung sowie in einer auch in Österreich erstarkenden parteidurchgängigen Frauenbewegung sammelten, bereiteten nach fast 15jähriger sozialdemokratischer Hegemonie das Ende der Ära Kreisky vor. Von deren zeitweise liberal-„weltbürgerlichem“ Geist konnte wenig in die kleine SPÖ-FPÖ-Koalition von Kreiskys Nachfolger, Sinowatz, hinübergerettet werden, was zum Großteil auch auf die schwieriger werdende internationale wirtschaftliche Situation zurückzuführen ist. Dabei brach offen als strukturelle Wirtschaftsschwäche auf, was sich jahrzehntelang als Vorteil des Systems einer staatlich und „ständisch“-partnerschaftlich regulierten gemischten Wirtschaft bewährt hatte.<sup>58</sup>

So kam es Mitte der achtziger Jahre, mitbedingt von den Problemen mit der internationalen Akzeptanz des Bundespräsidenten Waldheim, wieder zu einem „isolationistischen“ Intermezzo, das jedoch nicht wirklich eine rasche Umorientierung der Außenbeziehungen zur EG stören konnte. Innenpolitisch und geschichtsmental zeichnete sich in der Waldheim-Kontroverse 1986/88 eine neuerliche gesellschaftshistorische Flexur ab, die in der Tat einmal als Ende des „Historischen Blocks“ der Zweiten Republik interpretiert werden könnte. Die frühen neunziger Jahre brachten schließlich eine beginnende Auflösung des Neutralitätsstatus, die Wiederanknüpfung an ältere Osteuropa- und Donauraum-Orientierungen Österreichs und schließlich 1995 den Eintritt Österreichs in die Europäische Union. Dieser Phase der Öffnung entsprach aber auch eine Phase neu wieder zutage tre-

58 Vgl. Kurt Steiner, *Politics in Austria*, Boston 1972; Karl Gutkas, Alois Brusatti u. Erika Weinzierl, *Österreich 1945–1970*, Wien 1970; Norbert Schausberger, *Österreich. Der Weg der Republik 1918–1980*, Graz 1980; Peter Dusek, Anton Pelinka u. Erika Weinzierl, *Zeitgeschichte im Aufriß*, Wien 1981; Melanie A. Sully, *A Contemporary History of Austria*, London 1990.

tender ‚ausländer‘feindlicher und antisemitischer Ressentiments sowie eine neue Attraktivität rechtspopulistischer bis rechtsextremer politischer Gruppen und Positionen, die auch in den Wahlerfolgen der FPÖ unter Haider zum Ausdruck kam. Der schon aus den Differenzbildungen der beiden Republiken resultierende Ethnozentrismus erhielt in diesen Zusammenhängen eine neue aggressive Qualität. Zudem beginnen seit dem zweiten Drittel der neunziger Jahre politisch motivierte Gewaltakte extrem rechter Gruppen, die zuletzt (Februar 1995) vier Todesopfer unter österreichischen Roma forderten, das Gefühl kollektiver Sicherheit, das für den „Historischen Block“ signifikant war, zu beeinträchtigen.

Somit dürfte um das Jahr 1990, wie wir eingangs festgestellt haben, eine neue Trennlinie erreicht worden sein. Es ist dabei noch nicht zu entscheiden, ob dies aus einer künftigen Rückschau das Ende des 20. Jahrhunderts, das in Österreich gesellschafts- und kulturgeschichtlich bereits um 1890 begonnen hatte, und den historischen Beginn des 21. Jahrhunderts markiert, oder ob eine – wir benutzen eine Metapher Jean Baudrillards<sup>59</sup> – ‚Krümmung der Geschichte‘ eingetreten ist, die in die Konflikte dieses Jahrhunderts sozusagen zurückführen wird.

#### Das „Österreichische“/„Unösterreichische“ in der Kulturpolitik der Zweiten Republik

An Strategien einer umfassenden Kulturpolitik der Zweiten Republik wurde, wie bereits angedeutet, schon 1945 gearbeitet. Ihre zunächst betonte Pragmatik war von den äußeren Umständen vorgegeben: Aufräumungs- und Reorganisationsarbeiten standen im Vordergrund. Das rasch sichtbare Ziel aber war – so könnte man es bezeichnen – eine *restitutio in integrum*, und zwar in einem doppelten Sinn: Es ging um die Beseitigung der (materiellen) Schäden aus Krieg und „Zusammenbruch“ und um die Beseitigung der Diskreditierung durch die Involvierung in das „Dritte Reich“.

Der allergrößte Teil der im Land gebliebenen Kultur- und Wissenschaftsproduzenten (im weitesten Sinn) war mit dem NS-Regime mindestens in diskreditierende Berührung gekommen. Auch wenn nicht jeder zu den prononcierten Propagandisten des „Dritten Reichs“ gehört hatte, so wurden doch Anpassungsleistungen gefordert und (mitunter über jedes plausibel erscheinende Maß hinaus) erbracht. Die Mehrheit der österreichischen Politiker, Kulturproduzenten und Wissenschaftler kam offensichtlich in kurzer Zeit zur Ansicht, daß auf die personelle

59 Jean Baudrillard, *Das Jahr 2000 findet nicht statt*, Berlin 1990; ders., *Die Illusion des Endes. Oder der Streik der Ereignisse*, Berlin 1994.

Ressource der Diskreditierten nicht verzichtet werden könne. Man begnügte sich damit, ein Bekenntnis zum neuen Österreich zu fordern und sicherzustellen, daß die jeweilige NS-Involvierung sich in – sehr großzügig definierten – Grenzen bewegt hatte.

Verzichtet wurde dagegen weitgehend auf die Einbeziehung der Emigranten, denen mitunter – wenigstens auf der politischen „Hinterbühne“ – der denunziatorische Vorwurf gemacht wurde, sie seien Profiteure des Krieges gewesen und hätten nun keine Ansprüche zu stellen. Die wenigen tatsächlich zurückgekehrten – wie etwa Fritz Wotruba – sahen sich denn auch Konflikten mit den alten Eliten ausgesetzt.<sup>60</sup> Gegen linke Emigranten wurde mit Kommunismus- oder Marxismusverdacht argumentiert, und tatsächlich wurden an die österreichischen Universitäten, wenn überhaupt, Emigranten überwiegend aus dem katholischen „Lager“ berufen. Der zugespitzte Satz: „Linke und Juden waren an Österreichs Universitäten so unerwünscht wie in den Jahrzehnten davor“<sup>61</sup> gilt nicht nur für die Sozialwissenschaften nach 1945 und nicht bloß für Universitäten.

Die generellen Konfliktlinien und -ebenen im Zusammenhang mit der intendierten Beseitigung der Diskreditierung waren außerordentlich komplex.<sup>62</sup> Zunächst existierten die Konflikte zwischen den alten politischen Lagern weiter, auch wenn „Rot“ und „Schwarz“ eine Große Koalition bildeten, neue korporatistische Konfliktlösungsmodelle innerhalb der sich informell bildenden Sozialpartnerschaft gefunden wurden und der „Geist der Lagerstraße“ beschworen wurde. Dieses alte Konfliktmodell wurde überlagert durch die bereits angesprochenen Konflikte zwischen den „Dagebliebenen“ (und Involvierten) und den „Rückkehrern“ (aus den Konzentrationslagern, aus dem Exil). Schließlich generierten unterschiedliche Arrangements mit den vier Besatzungsmächten, die natürlich in die Kulturpolitik des Landes eingriffen, eine Reihe von Konflikten. Darüber gelagert war in fast allen Fällen aber der Streit um „Österreichkonformität“ von Personen, von kulturpolitischen Maßnahmen und Institutionen.<sup>63</sup>

Dieses bereits in der allerersten Nachkriegszeit entstandene Konfliktmodell be-

60 Vgl. Irene Nierhaus, Adoration und Selbstverherrlichung, in: Hans Seiger, Michael Lunardi u. Peter Josef Populorum, Hg., Im Reich der Kunst. Die Wiener Akademie der bildenden Künste und die faschistische Kunstpolitik, Wien 1990, 65–141, bes. 115 ff.

61 Christian Fleck, Vertrieben und Vergessen, in: Josef Langer, Hg., Geschichte der österreichischen Soziologie, Wien 1988, 257–278, hier 270.

62 Vgl. dazu nun auch: Wolfgang Kos, Die Schau mit dem Hammer. Zur Planung, Ideologie und Gestaltung der antifaschistische Ausstellung „Niemals vergessen!“, in: ders., Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945, Wien 1994, 7–58.

63 Vgl. Karl Müller, Zäsuren ohne Folgen. Das lange Leben der literarischen Antimoderne Österreichs seit den 30er Jahren, Salzburg 1990, 145 ff.

ruhte auf der Übereinkunft, daß alles, was sich selbst erfolgreich als „österreichisch“ zu etikettieren in der Lage war, positiv und akzeptabel sei. Dabei war keineswegs klar, was „österreichisch“ ist, denn dies mußte immer erst ausgehandelt werden. Dieser Umstand kommt im polemischen Begriff des „Österreicher-Machens“ besonders gut zum Ausdruck.

Das beschriebene Konfliktmodell wurde bestimmend für die gesamte Zeit des „Historischen Blocks“ der Zweiten Republik, während die anderen Konfliktmodelle aus unterschiedlichen Gründen an Bedeutung verloren. Der Streit um „das Österreichische“ war, zunächst von den kulturellen Eliten geführt, zunehmend gesellschaftlich diffundiert: Heute kann, wie manche „Fälle“ – von Karl Heinrich Waggerl über Claus Peymann bis beispielsweise zum „Fall Nitsch“ auf der Madrider Weltausstellung – gezeigt haben, ein Großteil der Österreicher via kleinformatige Boulevardzeitungen und sonstige „Presse“ am Konflikt partizipieren.

Was aber jedenfalls, in hohem Maße Differenzen bildend, wenn auch kaum thematisiert und primär dem externen Beobachter zugänglich, gelang, war die Veränderung der Sprache der Österreicher:

„Doch während meiner flüchtigen Kontakte (...) stellte ich fest, daß ein Klassenunterschied, der mir stets bewußt gewesen war, bevor ich Österreich im Jahre 1937 verlassen hatte, verschwunden war: Die Mittelschicht ebenso wie die Leute aus der Arbeiterklasse hatten ihren Wiener Dialekt in einem Ausmaß verstärkt, daß man sie kaum mehr von einander unterscheiden konnte. (...) Nach dem Zusammenbruch hatten die Wiener nach jedem Strohalm gegriffen, um die Welt – und vielleicht auch sich selbst – davon zu überzeugen, daß sie niemals aufgehört hatten, sich von den Deutschen zu unterscheiden. Der Dialekt bot sich hier als Beweismittel an.“<sup>64</sup>

Im Anschluß an diese Interpretation Marie Jahodas läßt sich zumindest die These formulieren, daß das zentral gewordene Interesse am ‚Österreichischen‘ nicht zuletzt auch auf der internen Einebnung sprachlicher Distinktionen zwischen den sozialen Klassen beruht, die aus einer Abgrenzung gegenüber der Verantwortung an den Verbrechen des NS-Regimes und anderen Formen (erweiterter) ‚Mittäterschaft‘ resultierte.

Die Geschichte der österreichischen Kunst und Kultur könnte ja auch als eine Geschichte des Streits um das „Österreichische“ geschrieben werden, denn gerade in Österreich war das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft immer auch von Konflikten und „Skandalen“ geprägt. Selbst die (Straf-)Rechtsgeschichte Österreichs

64 Marie Jahoda, Sozialpsychologie der Politik und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. v. Christian Fleck, Graz u. Wien 1994, 342 f.

ist voll von Beispielen: vom Fall Egon Schiele, 1912 in Neulengbach verhaftet und in St. Pölten schließlich zu drei Tagen Haft verurteilt – heute beherbergen die ehemals städtischen Arrestzellen in Tulln beziehungsweise das Schiele-Museum –, bis zu den problematischen Begleiterschei­nungen des Prozesses gegen Otto Mühl im Jahre 1991. Dabei geht es immer wieder um die Definitionsmacht: Immergleich behaupten Staatsanwälte, die Polizei, private Anzeiger, konfessionelle oder politische Gruppen, dieses oder jenes sei nicht Kunst, sondern Pornographie – nicht Kunst, sondern eine verbotene Versammlung – nicht Kunst, sondern Ruhestörung – nicht Kunst, sondern die Beleidigung eines Journalisten von der „Neuen Kronen-Zeitung“ etc.<sup>65</sup>

Am Beispiel jener Konflikte, die institutionalisiert vor Gericht ausgetragen werden, wird nur eine Ebene von Konflikten zwischen Kunst und Gesellschaft erfaßt. Eine zweite besteht im wesentlichen darin, zu versuchen, privat, halböffentlich und öffentlich mittels unterschiedlicher Protestformen (Leitartikel, Leserbriefe, Mistfuhren vor eine Grazer Galerie) bestimmte Definitionen durchzusetzen, was nicht Kunst sei, sondern wie 1968 in Wien eine „Uni-Ferkelei“ (unspezifischer: „eine Sauerei“), etwas, das jedermann, (wahlweise) „ich selbst“ oder „mein kleines Kind auch machen könnte“. Während in diesen Fällen der Kunstanspruch überhaupt zur Gänze bestritten wurde, wurde in anderen Fällen versucht, die Interpretation durchzusetzen, etwas sei zwar Kunst, aber eben schlechte Kunst (etwa die „undeutliche Aussprache“ von Schauspielern), Kunst, die nicht an diesen oder jenen Ort (etwa ans Burgtheater) gehöre, und schließlich Kunst, die nicht hinreichend „österreichisch“ sei, sich gar gegen Österreich oder seine öffentlichen Repräsentanten richte (Thomas Bernhards „Heldenplatz“) und aus diesem Grunde nicht hierher oder dorthin passe.<sup>66</sup> Das in solchen Fällen wirksam werdende *moral entrepreneurship* bediente sich zur Durchsetzung seiner Ansichten auch fallweise solcher Argumente, die sich gleichsam auf die „moralische“ Qualifikation eines Kunstproduzenten bezogen: So argumentierten Träger des Protests von 1988 bis 1990 gegen das Antifaschismus- und Antikriegsdenkmal Alfred Hrdlickas auf dem Albertinaplatz weniger in ästhetischer Hinsicht gegen das Denkmal, sondern damit, daß sein Urheber, der Bildhauer Alfred Hrdlicka, ein Stalinist (gewesen?) sei. Die Aufstellung eines Werks eines solchermaßen Stigmatisierten könne, ja müsse verhindert werden.<sup>67</sup> Es ist bemerkenswert, daß auch die ‚Linke‘ diesem ikonokla-

65 Vgl. exemplarisch: Gerhard Ruiss u. Johannes Vyoral, Der Zeit ihre Kunst – Der Kunst ihre Freiheit: Der Freiheit ihre Grenzen? Zensurversuche und -modelle der Gegenwart, Wien 1990.

66 Vgl. Burgtheater, Hg., Heldenplatz. Eine Dokumentation, Wien 1989.

67 Vgl. Marlies Enzi, Das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus von Alfred Hrdlicka am Alber-

stischen Reflex ausgesetzt zu sein scheint: Als der Bildhauer sich 1994/95 zweifellos provokant und wohl auch mißverständlich äußerte, forderte ein ‚politisch korrekter‘ Teil der Diskussionsteilnehmer die Schleifung des Denkmals – in bemerkenswerter Gemeinschaft mit Hrdlickas rechten Kritikern.

Damit gelangen wir zu einer jener Funktionen der Behauptung von Differenz, die sich in hohem Maße immer wieder als (tages-)politisch und gesellschaftlich relevant erweist. Die Abschließung des österreichischen Selbstbewußtseins hat es offensichtlich mit sich gebracht, daß das Kriterium, ob Kunst österreichisch sei beziehungsweise als österreichisch anerkannt wird oder „nicht-österreichisch“ beziehungsweise „unösterreichisch“, eine zentrale Voraussetzung für ihre Akzeptanz bildet. Wer „Schangse“ sagt, sei nicht österreichisch und solle folglich in Wien nicht Theaterdirektor sein, konnte sinngemäß noch in den achtziger Jahren vertreten werden. Österreichischer Kunst gegenüber verhält man sich tolerant, wird aber die Etikettierung „österreichisch“ öffentlich erfolgreich in Zweifel gezogen, sinkt das Maß an Toleranz entsprechend. Dies gilt auch vice versa: Gelingt es, erfolgreich darzustellen, ein bestimmter Künstler oder eine Gruppe sei hinreichend österreichisch, nimmt das Maß an Akzeptanz zu. Ein gutes Beispiel dafür ist der Fall Friedensreich Hundertwasser, dem es in einer großen öffentlichen Debatte, von Massenmedien unterstützt, beinahe gelungen ist, die Ansicht durchzusetzen, daß die Einführung neuer Autokennzeichen (schwarze Schrift auf weißem Grund) etwas zutiefst „Unösterreichisches“ sei und die österreichische Identität gegenüber Deutschland gefährde. Dagegen befände sich sein eigener Entwurf (weiße Schrift auf schwarzem Grund) in guter österreichischer Tradition. Hundertwasser verfehlte zwar knapp, daß sein Vorschlag realisiert wurde, eine außerordentliche Welle von Bezeugungen seiner so neu gewonnenen Popularität konnte er in der Folge jedoch lukrieren.

Der Streit um das Österreichische konnte im „Historischen Block“ durchaus unter verschiedenen politischen Vorzeichen geführt werden: Noch 1945 konnten etwa die österreichischen Kommunisten den Begriff des Österreichischen für sich reklamieren; ihr expliziter Antifaschismus hatte eine klare „antideutsche“ (und „pro-österreichische“) Facette. Schon nach kurzer Zeit allerdings konnte ihnen und den KP-nahen Kulturproduzenten das Attribut, „gute Österreicher“ zu sein, unter anderem mit dem Argument, sie seien „moskauhörig“, streitig gemacht werden.

Der kontinuierte Streit um das Österreichische in der Kultur und seine Diffundierung reflektierten nichts anderes als den langwierigen identitätsstiftenden Pro-

tinaplatz: Symbol des Antifaschismus oder der „unbewältigten“ NS-Vergangenheit im Österreich der Zweiten Republik?, unveröff. Diplomarbeit am Inst. f. Geschichte, Univ. Salzburg 1991.

zeß, dem das Österreich der Zweiten Republik unterlag und dessen normativ wirksame Grundlage der Staatsvertrag von 1955 bildete. Er führte schließlich zur breiten Ausbildung eines kaum mehr bestrittenen österreichischen „Nationalgefühls“, einer kollektiven Identität, eines „Wir“-Bewußtseins (oder auch „Wir-sind-wir“-Bewußtseins etwa im Gegensatz zu einem „Wir-sind-wieder-wer“-Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre), das die Differenz zur Umwelt, bis hin zur selbstgewählten Isolation, ganz praktisch zu behaupten in der Lage war. So vertraten bei Umfragen in den Jahren 1972, 1980 und 1989 rund 62, 67 beziehungsweise 78 Prozent der Befragten die Meinung, „die Österreicher sind eine Nation“; zwischen 12 und 19 Prozent waren der Meinung, die Österreicher begännen, „sich als Nation zu fühlen“, während die in diesen Jahren tendenziell abnehmenden Anteile einer deutschnationalen Österreich-Identität unter den Verweigerern von Meinungsäußerungen (von 19 auf 3 Prozent zurückgehend) und unter denen, die meinten, die Österreicher seien keine Nation (rund 7, 11 beziehungsweise 4 Prozent), zu vermuten sind.<sup>68</sup>

Besonders signifikant, auch beim Vergleich mit den Deutschen und anderen europäischen Nationen, war der Nationalstolz eines Großteils der Österreicher zu Beginn der achtziger Jahre. Damals waren 69 Prozent „sehr stolz, Österreicher zu sein“, ein Umfrageergebnis, das offensichtlich unter dem Eindruck diverser Krisen bis 1990 etwa auf jenen – immer noch hohen – Wert zurückfiel, den der österreichische Nationalstolz am Beginn der „Ära Kreisky“ gehabt hatte: 57 Prozent seien noch „sehr stolz“, 34 Prozent „eher stolz“ und 8 Prozent „nicht stolz“, Österreicher zu sein.

Zu Beginn der siebziger Jahre beruhte der Erfolg der SPÖ und Kreiskys im besonderen zwar zweifellos auf einer breiten öffentlichen Akzeptanz des Anspruchs, auf überkommene Traditionalismen bewußt zu verzichten und ein tradiertes provinzielles Österreich-Selbstbild, das unter anderem vom politischen Katholizismus geprägt war, explizit aufgeben zu wollen. Dennoch – und dies kann als eines der zentralen Paradoxa der Zweiten Republik angesehen werden – erfüllte sich erst in der „Ära Kreisky“ die 1945 begonnene „Österreich-Politik“ zur Gänze. Erst in den siebziger und achtziger Jahren wurden in den demoskopischen Untersuchungen jene Höchstwerte gemessen, die den Abschluß der Ausbildung einer spezifisch österreichischen Identität indizierten. Mit anderen – Luhmanns – Worten: die ‚Ordnung der Inklusion‘ war etabliert worden.<sup>69</sup> In diese Periode fiel auch jenes ominöse

68 Vgl. Peter A. Ulram, *Hegemonie und Erosion*, Wien 1990.

69 Niklas Luhmann, *Inklusion und Exklusion*, in: Helmut Berding, Hg., *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität*, Frankfurt am Main 1994, 15–45.



Diktum des Papstes Paul VI., Österreich sei eine „Insel der Seligen“. Obwohl diese Äußerung offensichtlich nur im Hinblick auf das Ausmaß sozialer Probleme in diesem Land bezogen war, wurde im öffentlichen Diskurs sodann besonders häufig – und in universalisierender Weise – darauf rekurriert. Im Terminus „Insel“ wurde „Differenz“ in einer geradezu drastischen Weise zum Ausdruck gebracht.

## Die plurale Identität Österreichs im 20. Jahrhundert

Ein Resümee könnte folgendermaßen lauten: Österreich, „die“ Österreicher, „das“ Österreichische als eine (historische) Invariante gibt es nicht; nicht als etwas Einfür-allemal-Feststehendes, Homogenes, immer Gleiches im Laufe der Geschichte mit all ihren wechselnden zugehörigen Territorien und Grenzen, ihren ethnisch und kulturell unterschiedlichen, nie ausschließlich deutschsprachigen Bevölkerungen, und verquickt mit sich wandelnden Formen der Ausübung von Macht und Herrschaft; auch nicht unabhängig von der Erwartung von beziehungsweise der realen Teilhabe an wirtschaftlichen Gütern und sozialen „Belohnungen“ und eng korreliert mit der Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß.<sup>70</sup>

Was als ‚österreichische Identität‘ historisch wie gegenwärtig bestimmbar ist, kann auch als das Ergebnis einer täglichen Willensentscheidung, als *plébiscite de tous les jours* (Ernest Renan) gesehen werden. Identität ist in diesem Sinn immer ein Konstrukt, das immer wieder aufs neue zustande gebracht (und formuliert) werden muß. Dabei handelt es sich aber keineswegs um ein soziales und kulturelles Oberflächen-Phänomen: Jedes Jahrzehnt seit 1918 brachte in Österreich noch seine eigenen höchst emotionellen Auseinandersetzungen darüber, was gerade noch beziehungsweise nicht mehr zulässig sei an öffentlicher Thematisierung. Dies gilt nicht nur in den Bereichen der Politik und der Moral, sondern auch der Geschichtsschreibung, der bildenden Künste, der Musik und der Literatur: und „zulässig“ wurde allzuoft auf „österreichisch“ reduziert.

Friedrich Heer hatte vielleicht in einem höheren Maße recht, als manche seiner Leser und journalistischen Epigonen meinen, als er schrieb:

Es gibt kein geschichtliches Gebilde in Europa, dessen Existenz so sehr mit den Identitätsproblemen seiner Mitglieder verbunden ist wie Österreich. (...) Identität: Verlust

70 So nachdrücklich: Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich*, Wien 1984; vgl. auch Gerhard Botz, *Der 13. März 38 und die Anschlußbewegung*, Wien 1978, 39.

von Identität, Wiedergewinnung von Identität, als ein Erringen, Erkämpfen von Personalität, dem permanenten Bürgerkrieg im ‚Ich‘ entronnen,

und sofort als Beispiele hierfür „die beiden wohl geschichtsmächtigsten Österreicher des 20. Jahrhunderts“, Sigmund Freud und Adolf Hitler, anführt.<sup>71</sup>

Doch: Sind solche Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit und ihre lange Dauer wirklich der Ausdruck einer spezifisch österreichischen Identität? Wenn ja, wäre dann eine solche zeitübergreifende „österreichische Mentalität“ ein weniger bedenklicher Mythos als jener, daß es historisch jeweils nur „ein“ Österreich, „einen“ Österreicher und ein einziges Österreichisches gegeben habe und geben könne?

71 Heer, Kampf, wie Anm. 47, 9.